

Ercheint wöchentlich Freitags.
Zu beziehen nur durch die Post
zum Preise von 1,20 Mk., fürs
Ausland 1,50 Mk. vierteljährlich.

Inserate kosten 30 Pfennig pro
3gepaltene Petitzeile.
Bei Wiederholungen entsprechen-
der Rabatt.

Sattler- und Portefeuille-Zeitung

Organ zur Wahrnehmung der Interessen aller in der Sattlerei und der gesamten
Lederverwareindustrie und deren Nebenbetrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Nr. 29 .: 26. Jahrgang

Verlag und Redaktion: Berlin SO. 16, Bräuden-
straße 108 .: Telefon: Amt Morichplatz, 2120

Berlin, den 19. Juli 1912

Inhalt: Beitragszahlung. — Streiknotizen. — Die
Statistik. I. — Arbeitsnachweis und Gewerkschaftskampf. —
Aus einer Sattlergesellen-Korporation der Vergangenheit.
— Wasmen aus dem Sumpfe des Bundes Deutscher
Sattler-Jungen. — Nachtlänge von der Münchener
Generalversammlung. VII. — Die Bedeutung der Organi-
sation. — Die Arbeitersekretariate im Deutschen Reich im
Jahre 1911. — Das Wandern. Streiks und Lohnbewe-
gungen. — Aus unserem Beruf. — Aus Industrie und
Handel. — Korrespondenzen. — Aus anderen Organi-
sationen. — Soziales. — Rundschau. — Bekanntmachung des
Zentralvorstandes. — Briefkasten der Redaktion. — Korrespon-
denzen. — Sterbefälle. — Versammlungsstatistik. —
Anzeigen.

Die für die nächste Nummer bestimmten
Artikel müssen spätestens Sonnabendnachmittag
in Händen der Redaktion sein.

Für die Woche vom 21. bis 27. Juli ist
der 30. Verbandsbeitrag fällig. Wer länger
als fünf Wochen mit seinen Beiträgen im
Rückstande ist, kann keinerlei Unterstützung aus
der Verbandskasse erhalten.

Achtung! Kollegen! Achtung!
Die Kollegen werden in ihrem eigensten
Interesse ersucht, bei Arbeitsannahme in
anderen Städten sich zuvor bei der dortigen
Ortsverwaltung zu erkundigen.

Nachen. Die Treibriemenarbeiter befinden
sich in einer Lohnbewegung.

Görlitz. Der Kampf in der Waggonfabrik
dauert unverändert fort.

Hannover. Die Sattelmacher und Ge-
schirrsattler der Firma S. B. Schübe stehen noch
im Streik. Zugang ist streng fernzuhalten.

Offenbach a. M. Die Militäreffekten-
fabrik (Firma Maury) ist gesperrt.

Varel i. Oldb. Die Arbeiter der Han-
sarwerke (Automobilbau) befinden sich in der
Tarifbewegung.

Autosattler werden ersucht, die Werke von
Rade in Roswig i. S. zu meiden.

Ausland.

Göteborg (Schweden). Hier stehen
150 Reiseartikelfattler im Streik. Zugang ist
streng fernzuhalten.

Die Statistik.

(Ihre Entstehung, ihr Wesen und ihr Wert.)

I.

Lange hat man darüber getritten, ob die
Statistik eine Methode oder eine Wissenschaft
sei. Für die Praxis ist der Streit belanglos.
Für sie genügt es zu wissen, daß Statistik vor
allem Massenbeobachtung ist. Aber nicht immer
dachte man so. In den ältesten Zeiten diente
sie wesentlich praktischen Zwecken. Es wurden
Zählungen vorgenommen, um die Zahl der
kriegerfähigen Mannschaften festzustellen. Bür-

gerollen wurden angelegt und fortlaufende
Vermögensstatistiken zu Steuerzwecken ange-
fertigt. Im alten Rom war man schon nahe
daran, alle 5 Jahre Zählungen vorzunehmen.
Der Plan kam aber aus politischen Gründen
nicht zur Ausführung. Bemerkenswerte Er-
hebungen deutscher Städte fanden 1419 (in
Münchberg) und 1473 (in Straßburg) statt; in
beiden Städten handelte es sich darum, den Be-
darf an Lebensmitteln für Kriegszeitern fest-
zustellen.

Eine Aenderung trat ein, als der bekannte
Volkshistoriker Hermann Conring aufina, Vor-
lesungen über jene Stoffe zu halten (1660).
Nachdem Männer der Wissenschaft die Statistik
mit in den Kreis der Universitätsvorlesungen
bezogen hatten, wurde auch das Wesen der
Statistik erforscht. Der Professor für Staats-
wissenschaften an der Göttinger Universität,
Achenwall, baute sie aber erst zu einer vollstän-
digen Schuldisziplin aus. Damals war das
Wirtschaftsleben noch sehr einfach, dem entsprach
die Auffassung über das, was man als Statistik
bezeichnete. Nach Achenwall war sie die Lehre
von den Staatsmerkwürdigkeiten und den
Staatskräften. Dazu rechnete Achenwall: alle in
einem Staat angetroffenen Sachen, die dessen
Wohlfahrt in einem merklichen Grade angehen,
sei es, daß sie solche hindern oder fördern. Er
zählt dann die Staatsmerkwürdigkeiten auf, die
er berücksichtigt haben möchte. Daß der Begriff
der Staatsmerkwürdigkeiten, wie sie Achenwall
auffaßte, aber viel zu eng war, zeigte dessen
Schüler (Schlözer) an folgenden Beispielen.
„Die Kleidung ist an sich keine Staatsmerk-
würdigkeit. Aber wenn die Schürbrüste, wie
auf den Oberlippen, einen nachteiligen Einfluß
auf die Schwangeren haben, wird die Schür-
brust zu einer Staatsmerkwürdigkeit.“ Und die
Bedeutung der genauen Zahlenangabe erkannte
Schlözer ebenfalls. Mit allgemeinen Angaben,
daß das Land einen gelegenen Weinwuchs,
schöne Manufakturen, einen blühenden Handel,
etwas Kornbau usw. habe, dienen alle Erd- und
Reisebeschreibungen, aber mit dergleichen An-
gaben, solange sie nicht in wahren, richtigen
Zahlen ausgedrückt werden, ist der Staatskunde
wenig geholfen.“

Ähnlich hat sich der Begriff „Statistik“
erweitert. Ursprünglich betrachtete man jede
Feststellung von Tatsachen als Statistik. Dafür
sprach ja auch schon die Abstammung des Wortes
Statistik! — status — Zustand. Als das Wirt-
schaftsleben noch einfacher war, mag eine be-
grenztere Auffassung von dem Wesen der Sta-
tistik genügt haben; mit der fortschreitenden In-
dustrialisierung der verschiedenen Staaten wur-
den aber andere Anforderungen an die Statistik
gestellt. Es kam eine neu zu berücksichtigende
Tatsache hinzu, und diese Tatsache war die Masse.
In dem Augenblicke, wo die Masse gewissermaßen
als selbständiger Faktor in die Weltgeschichte
eintrat, mußten sich auch die Methoden der Tat-

sachenfeststellung ändern. Die bloße Beschrei-
bung oder chronologische Aufzählung genügte
nicht mehr“ (Böhmert). Nunmehr mußte in
umfassender Weise zur zahlenmäßigen Fest-
stellung, zum Ordnen und Gruppieren der ge-
wonnenen Zahlen und zur Aufdeckung von Be-
ziehungen zwischen ihnen geschritten werden.
Hierbei entdeckte man, daß in den Zuständen,
die an den Menschenmassen zahlenmäßig fest-
gestellt werden und in ihren Neuperfungen eine
gewisse Regelmäßigkeit vorhanden ist, die
zweifellos eine Gesetzmäßigkeit in sich birgt.

Als Charakteristikum der Statistik hat also
die Masse zu gelten. Daraus folgt, daß nicht
jede Zusammenstellung und Gruppierung von
Zahlen eine Statistik ist. Zu einer Statistik
im wissenschaftlichen Sinne sind Massenbeob-
achtungen notwendig. Diese müssen so beschaffen
sein, daß das einzelne, das Persönliche, die ein-
zelne Tatsache zurücktritt oder ausgeblendet
werden kann; alles gemeinsame aber, das aus
innere Zusammenhänge schließen läßt, soll zu-
sammengefasst und hervorgehoben werden. Dr.
Böhmert sagt, wenn die Beobachtungsreihe zu
klein ist, dann sind die zahlreichen individuellen
Besonderheiten zu groß, und eine feste Regel
sei nicht zu erkennen. Aus den zahlreichen Er-
fahrungen heraus, die auf dem Gebiete der
Massenbeobachtungen gemacht worden seien, sei
das Gesetz der großen Zahl, richtiger das der
Gesetzmäßigkeit der Massenhandlungen zu er-
wähnen, das die unentbehrliche Grundlage der
Statistik bilde. Von einem Gesetz im Sinne
eines Naturgesetzes könne natürlich keine Rede
sein, sondern nur um eine aus der Erfahrung
gewonnene Erkenntnis über die Natur der
menschlichen Handlungen. Das Gesetz der großen
Zahl könne man etwa dahin formulieren: „Daß
sich ein vom menschlichen Willen abhängiger Tat-
bestand unter gleichen Bedingungen in gleichen
Zeiträumen gleich oft wiederholt, wenn er nur
so oft wiederkehrt, daß eine Massenbeobachtung
möglich ist. Zeigen sich in den gemachten Massen-
beobachtungen Abweichungen von dem nach dem
Gesetz der großen Zahl zu erwartenden Ergeb-
nis, so müssen wir umgekehrt annehmen, daß
die Bedingungen nicht mehr dieselben sind; daß
sich also in den Motiven der Handelnden oder in
ihrer physischen oder sozialen Grundlage irgend
etwas geändert hat.“ Darauf beruhe der eigen-
tliche wissenschaftliche Schluß in der Statistik:
aus der Abweichung von einem erwarteten Er-
gebnis auf eine Ursache, durch die die Abweichung
bedingt sei. Wie groß aber das Beobachtungs-
feld sein müsse, damit das Gesetz der großen
Zahl angewandt werden könne, sei Sache der
Erfahrung. Oft genüge hierzu eine Person,
bei seltener vorkommenden Ereignissen (etwa
bei einem Morde) reiche ein großer Staat kaum
aus.

Zum besseren Verständnis des Gesetzes der
großen Zahl sind einige Worte über das „Typi-
sche“ im Wirtschaftsleben hinzuzufügen. Es

kommt nicht selten vor, daß Erhebungen für einen kleinen Kreis von Personen oder Erhebungen gemacht werden, und die Ergebnisse dieser Erhebungen dann auf einen größeren Kreis von Personen oder Erhebungen übertragen werden, etwa von einem Kreis auf einen Bundesstaat oder von einem Bundesstaat auf das Reich. Man unterrichtet einige Fälle, die man als typisch (vorbildlich) annimmt, und rechnet dann die Ergebnisse für ein größeres Gebiet um. Bei derartigen Übertragungen geht man davon aus, daß das, was im Kleinen gilt, auch im Großen gelten muß. Solche Umrechnungen haben aber nur sehr bedingten Wert, häufig geben sie ein schiefes Bild; die Folgen davon sind Tragiklüsse. Typische Ergebnisse im Sinne der Naturwissenschaften kennt die Statistik nicht. Der naturwissenschaftliche Forscher kann anders vorgehen. Er kann sicher von dem Einzelwesen auf die ganze Art oder Gattung schließen. Wenn er beispielsweise beobachtet hat, wie eine Schwalbe ihr Nest baut, so kann er sagen, wie alle Schwalben Nester bauen. Die Erfahrung bestätigt dies; denn eine Schwalbe baut genau so wie die andere. Der Nestbau der einen Schwalbe ist typisch für alle anderen.

Und wieder wird die Statistik mit der Enquete verwechselt. Bei der Enquete wird in der Regel eine mündliche Befragung geeigneter Auskunftspersonen vorgenommen. Auch durch Fragebogen werden Feststellungen vorgenommen. Die Enquete soll weniger die Gesamtzahl der Personen oder Sachen erfassen, als einige markante Tatsachen aus Tageslicht bringen. Sehr beachtenswert sind dabei die Untersuchungen des Vereins für Sozialpolitik. Mit einer Enquete können aber auch statistische Erhebungen verbunden sein; diese bilden eine Arbeit für sich.

Arbeitsnachweis und Gewerkschaftskampf.

Die Frage: „In wessen Hände ist die Leitung des Arbeitsnachweises zu legen?“ beschäftigt die organisierte Arbeiterklasse schon seit Jahrzehnten. Die freien Gewerkschaften haben früher stets darauf bedacht genommen, den Arbeitsnachweis als eine hervorragende gewerkschaftliche Einrichtung auszubauen, zu dem Zwecke, über die Lage des Arbeitsmarktes ständig orientiert zu sein und ihn quasi als Wäre für die Ware „Arbeitskraft“ gelten zu lassen. Wenn es den Gewerkschaften nicht gelungen ist, in diesem Punkte ihr Ziel zu erreichen, so ist das in erster Linie dem Erstarken der Unternehmerarbeitsnachweise zu danken, welche für einzelne Großindustrien die Nachweise als Maßregelungsbureaus ausgestattet

haben. Dieser Zustand hat zu monistischen geführt, weswegen in einigen sozialpolitisch vordritten Gemeinden paritätische Arbeitsnachweise errichtet wurden.

Interessant ist die Stellungnahme der freien Gewerkschaften zu den paritätischen Arbeitsnachweisen.

Auf dem zweiten Gewerkschaftskongress 1896 in Berlin fand eine Resolution v. Eins mit großer Majorität Annahme, in der es unter anderem heißt: „Gründlich abzuweichen ist jede Erwägung der Möglichkeit einer gemeinsam geführten Arbeitsvermittlung zwischen Arbeiter und Arbeitgeber.“

Der zweite kongress der Gewerkschaften Deutschlands warnt deshalb die Arbeiter aller Orte vor jeglichem Experiment, auf einer anderen Grundlage als der alleinigen Grundlage von Arbeitsnachweisen durch die Organisationen der Arbeiter.“

Aber schon der dritte Gewerkschaftskongress 1899 in Frankfurt a. M. nahm einen wesentlich anderen Standpunkt ein. Wenn es auch in der Einleitung der hier angenommenen Resolution heißt, daß der kongress nach wie vor an dem grundsätzlichen Standpunkt festhält, der Arbeitsnachweis gebührt den Arbeiterorganisationen, so lautet doch der Schlusssatz:

„Paritätische Arbeitsnachweise sind nicht zu verwerfen, wenn es dadurch den Arbeitern gelingt, zugleich ihre Lohn- und Arbeitsverhältnisse günstiger und stabiler zu gestalten.“

Spätere Gewerkschaftstagen haben diesen Beschlüssen zugestimmt und weiter ausgebaut. Die Entwicklung der Arbeitsnachweislage ist seitdem keine einheitliche gewesen, sie wird jedoch nicht mehr von rein prinzipiellen, sondern von taktischen Erwägungen geleitet.

Genosse Deutlich beleuchtet in der „Neuen Zeit“, Seit Nr. 40 vom 5. Juli d. J., dieses Thema, dessen Inhalt wir auszugsweise hier wiedergeben. Er schreibt:

Das frühere absolute Festhalten an dem rein gewerkschaftlichen Arbeitsnachweis hatte mit dem Sozialismus insofern Berührungspunkte, als es dem Proletariat, dem Träger des weltentfremdenden Klassenkampfes, die Verfügung über die wichtigste Produktivkraft, die Arbeit, überlassen wollte. Der Arbeitsnachweis erschien als ein Kampfmittel der Arbeiterklasse; es ihr zu erhalten, war oftmals ein zwingendes Gebot des proletarischen Klassenkampfes. Aber ebenso sehr als dieser dem Sozialismus naheliegende Gedankengang hat ein anderer, ihm fremder, die Abneigung gegen ein Eingreifen öffentlicher Körperlichkeiten wachgehalten. Dieser zweite Pfeiler des rein gewerkschaftlichen Arbeitsnachweises führt auf die Theorie des Liberalismus zurück.

Der wirtschaftliche Liberalismus strebt danach, jedem Individuum die größtmögliche Freiheit im Wirtschaftsleben zuzubilligen. Sein Ideal ist die strämerfreiheit, die durch keinerlei obrigkeitliche Beschränkung die Erwerbsmöglichkeiten einengt. Diese Theorie übertrug man auch auf die Verhältnisse des Arbeitsmarktes und kam so zu der Meinung, daß auch der Verkäufer der Ware Arbeitskraft ohne Einschränkung soll über seinen Handelsgegenstand verfügen können. Es mutet ja auf den ersten Blick auch sehr verlockend an, dem Arbeiter allein das Verfügungsrecht über seine einzige Ware, die er besitzt, die Arbeitskraft, einzuräumen. Daher eine Befristung in der Ablehnung jeder kommunalen oder staatlichen Regelung des Arbeitsmarktes und die Annahme eines prinzipiellen Interesses an der rein gewerkschaftlichen Arbeitsvermittlung.

Während also auf der einen Seite die soziale Ueberlegung von der Notwendigkeit und Befruchtung des Klassenkampfes am gewerkschaftlichen Arbeitsnachweis festhalten ließ, wirkten andererseits Gedankengänge, die dem wirtschaftlichen Liberalismus entsprangen, in derlei Richtung. Wir meinen nun, daß die Entwicklung zum kommunalen oder staatlichen Arbeitsnachweis keineswegs eine Abwägung, sondern weit eher eine Verstärkung des sozialistischen Gehaltes in der Arbeitsvermittlung bedeutet.

Gewiß wäre es für die kämpfende Arbeiterklasse von großer Bedeutung, wenn ihre Gewerkschaften im sicheren Besitz der Arbeitsvermittlung wären. Aber abgesehen davon, daß der gewerkschaftliche Einfluß auf die Arbeitsvermittlung unter den gegebenen Verhältnissen kaum erheblich zu steigern ist — man muß weit mehr das Gegenteil befürchten —, müssen wir erkennen, daß die staatliche oder städtische Arbeitsvermittlung die Arbeiterklasse keineswegs eines allzu großen Vorteils beraubt, wenn bei der Uebernahme entsprechende Garantien für die Arbeiter geschaffen werden. Und nur dann, wenn diese Garantien ganz ausreichend sind, wenn sie die Arbeiterkraft an der Veräußerung der Vermittlung in hervorragendem Maße teilnehmen lassen, sind wir ja erst für die Uebernahme durch öffentliche Körperlichkeiten. Bietet aber die Gesamtheit infolge des Einflusses der Arbeiterklasse diese Garantien, dann ist die Vergeellschaftung der Arbeitsvermittlung nicht anders zu werten als die Vergeellschaftung irgend eines anderen Zweiges der Produktion.

Der Sozialismus bedeutet keinem Ziele nach die notwendige und planmäßige Regelung des Wirtschaftslebens für die Arbeitenden. Dem einzelnen wird das Recht genommen, über die Produktivkräfte zu herrschen, und die Gesamt-

Aus einer Sattlergesellen-Korporation der Vergangenheit.

(Nachdruck verboten.)

H. Kr. In einer Reihe von Städten oder Städtchen bildeten sich schon seit dem Ende des Mittelalters neben den Handwerkszünften auch besondere Genossenschaften der Gesellen zur Vertretung ihrer speziellen Interessen und wurden mit der Zeit vielfach zu einem bedeutsamen, den Meistern oft recht fühlbar sich machenden Faktor, mit dem gerechnet werden mußte. Es ist wohl nicht unangebracht, in die Art und in das Wesen eines Gesellenverbandes älterer Zeit einmal einen kurzen Blick zu werfen und sich in die sozialen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse der guten alten Zeit einen Einblick zu verschaffen. Zum Ausgangspunkt einer kurzen Beleuchtung charakteristischer Gesellenverhältnisse früherer Zeit möchten wir eine Sattlergesellenrolle aus dem Ende des 16. Jahrhunderts nehmen, nämlich die „ordnung der maeler, glasermaeler, und sabeler gesellen“ in der Stadt Münster. Diese Sattlergesellenrolle findet sich im Wortlaut publiziert im 77. Bande der Publikation aus den kgl. preussischen Staatsarchiven und enthält manche typische und kennzeichnende Vorkämpfe. In allen Städten waren ja die Verhältnisse nicht in allen Punkten so gelagert wie in Münster, was bei dem damals beständigeren Stadtwirtschaftssystem erklärlich ist; immerhin dürfte das Bild, das uns diese Sattlergesellenordnung entrollt, in seinen ungefähren Zügen auf einen ziemlich breiten Umfang zutreffen. Als Ergänzung werden wir gelegentlich eine Sattlergesellenordnung aus dem

Süden, und zwar aus einem anderen Entwicklungsstadium der Sattlergesellenbewegung, folgen lassen und daraus eine Parallele zu ziehen suchen.

Wie in vielen anderen Städten, waren auch in Münster die Sattler oder Sattelmacher mit den Glaseren (Glasmalern) und Malern zu einer gemeinsamen Gilde vereint, was sich ganz einfach aus dem geschichtlichen Werdegang dieser drei Gewerbe erklärt; die Glasmaler standen ohnehin mit den Malern in engem, altüberliefertem Zusammenhang; dasselbe gilt aber auch von den in der Zeit des Rittertums und des Turnierwesens ebenfalls in besonders künstlerischer Qualitätsarbeit sich betätigenden Sattlern, Wappenmalerei und Schildverzierungen, Herstellung von Turniergeräten und dergleichen waren im ritterlichen Mittelalter ein Hauptfeld für künstlerisches Schaffen und Qualitätsarbeit. Aus jener Zeit des Ritterwesens her datiert sich die so oft sich findende Zusammenfassung der erwähnten drei Gewerbe zu einer einzigen „Schilder-Gilde“. So waren auch in Münster das Sattler-, Maler- und Glaserhandwerk zu einer „schilder-gilde“ vereint, deren Patron St. Lukas war. Auch bei der Gesellenchaft findet sich demzufolge die Vereinigung der Sattlergesellen mit den Gesellen der beiden anderen verwandten Handwerke zu einer einzigen Gruppe.

Unsere Sattlergesellenrolle dürfte in vollem Einbestandnis mit den Meistern entstanden sein und nicht im Gegensatz zu denselben, wie dies ja auch in manchen Städten nach lebhaften Kämpfen und Gesellenbewegungen der Fall war. Die Rechte der Meister sind denn auch in unserer Sattlergesellenordnung ziemlich weitgehend gewahrt. Ueberdies waren auch die zwei an der Spitze der Gesellen-

korporation stehenden Vorstände noch dazu Meister, die von den Gildemeistern eingesetzt waren. Unsere Rolle besagt nämlich: „Alle Jahre sollen die Gildemeister der Schilder („gildemeister der schilders“) aus der Gilde zwei Gildelieder ernennen als Vorstände der Maler-, Glaser- und Sattlergesellen („ernennen to boerwessers der maeler, glasermaeler, und sabelmaeler gesellen“), welchen der Gesellen Rüche soll Geld und Rolle — den Gesellen zum Weisen — samt dargezeit und befohlen werden.“

Die Unterbeamten der Gesellenchaft dagegen, die „Scheffer“ oder Besorger, wurden von den Gesellen selbst und aus ihrer Reihe gewählt, und zwar am „Plichttage“, auch guter Montag oder blauer Montag benannt: „Es sollen alle Jahr am guten Montag, der da ist der erste Montag nach Trinitatis, die Scheffer der Gesellen mit Wissen und Willen der Vorsteher alle Gesellen der drei Kemter (die Handwerke oder Rünfte hießen in Münster „Kemter“) entbieten lassen an bequemer Stätte und Stunde vor Mittag, um alda vor ihnen allen gute Redenschaft abzulegen von allen Einnahmen und Ausgaben und es sollen neue Scheffer gekoren werden.“

Wollte einer der neu gewählten Scheffer der Schildergesellen auf die Wanderchaft im Verlaufe seiner Amtsperiode gehen, so war natürlich die Neuwahl eines Ersatzmannes nötig: „Und wenn einer der gekorenen Scheffer während des Jahres wandern wollte, soll er zunächst in Gegenwart der Vorstände und der gesamten Gesellenchaft Redenschaft ablegen und hierauf soll ein neuer Scheffer an seiner Stelle gewählt werden, um das Schefferamt fortan zu bedienen, bis zu Ende oder nächstünftigen guten Montag.“

heit an seine Stelle gesetzt. Wenn nun der Sozialismus die Herrschaft über alle Produktivkräfte erhebt, wird er wohl die wichtige Produktivkraft, die Arbeit, mit einbezogen wissen wollen. Er wird auf dem Arbeitsmarkt ebenso wenig wie auf dem Warenmarkt die Anarchie des kapitalistischen Wirtschaftssystems dulden, sondern sie durch eine vernünftige Ordnung zu beseitigen streben. Die Gesamtheit wird also nicht allein mit den gewöhnlichen Waren, sondern auch mit der Ware Arbeitskraft selbst auf dem Markt erscheinen.

Jeder Schritt, der uns diesem Ziele näher führt, ist vom sozialistischen Standpunkt aus zu begrüßen. Wenn eine Gemeinde Arbeitsnachweise errichtet, so ist dies nicht minder ein kleiner - wenn auch sehr kleiner - Schritt zum Sozialismus, als wenn sie irgend einen kapitalistischen Betrieb zur Weiterführung für die Gesamtheit übernimmt. Freilich, es kann Momente geben, in denen der Arbeiter die Kommunalisierung irgend eines Unternehmens nicht erwünscht ist. Ebenso mag es zuweilen vorkommen, daß die Kommunalisierung des Arbeitsnachweises unter gewissen Verhältnissen der Arbeiterkraft momentan nachteilig ist. Aber die Tatsache, daß uns eine Verstaatlichung oder eine Verstaatlichung im Wirtschaftsleben gegenwärtig unangenehm sein kann, hat uns nie gehindert, über alle Schwierigkeiten hinweg dieses Prinzip aufrechtzuerhalten. Wir sind für die Verstaatlichung und die Verstaatlichung der Produktion, wohl wissend freilich, daß diese uns endgültig erst dann befriedigen werden, wenn das Proletariat zur Herrschaft gelangt ist.

So lange die öffentliche Gewalt ganz unumschränkt in den Händen der Klassengegner des Proletariats ist, wehren wir uns oft sehr nachdrücklich gegen eine von ihr beabsichtigte Übernahme einzelner Produktionszweige. Noch vorsichtiger muß man natürlich sein, wenn es sich um die Übernahme einer für die Arbeiterkraft so sehr wichtigen Sache wie den Arbeitsnachweis handelt. Von diesem Gesichtspunkt aus ist die frühere Ablehnung kommunaler Arbeitsnachweise nicht nur erklärlich, sondern in den meisten Fällen auch als taktisch richtig anzusehen. Nun haben sich aber die Verhältnisse nicht unmerklich geändert. Das Proletariat ist nicht mehr so einflusslos wie ehemals und kann infolgedessen dem regellosen Eingreifen der Gemeinde oder des Staates auf dem Arbeitsmarkt keine Zustimmung geben, wo es genügenden Einfluß auf die Staats- oder Gemeindeverwaltung erlangt hat, um zu verhindern, daß der behördliche Arbeitsnachweis zu einem Nachtwach des Unternehmertums wird.

Was die Funktionen der Vorstände oder Berater („Vorweiser“) sowie der Schaffer anlangt, so waren jene die Oberbeamten der Gesellenkorporation; in ihrer Hand lag die Oberleitung und Oberaufsicht; die eigentliche Arbeit aber lag auf den Schultern der Schaffer, die anderswo auch Schaffer hießen. Namentlich die Leitung der früher eine so große Rolle spielenden Schmauzereien und Besen der Gesellen hatten sie zu handhaben. Auch die Einziehung der Strafgeelder sowie die Kassenführung übernahm (aber unter Mitwirkung und unter Oberaufsicht der Vorsteher) gehörte zu den Befugnissen der Schaffer der Gesellenschaft. Die Verwaltung der Gesellenschaft war damals wohl keine sehr dankbare Aufgabe. Denn die Haupteinnahmen rekrutierten sich aus Geldstrafen, mit denen man damals bei den geringfügigsten Verstößen gegen Sitte, Anstand und Ordnung stets gleich bei der Hand war. Die Einziehung der verhängten Strafen war aber, da bei den feucht-fröhlichen Gesellenmengen ein Gelddürftigkeit wohl auch nicht gerade gebräuchlich war, wohl nicht immer leicht, ebenso wie die Verhängung der Strafen manchmal auf Differenzen Anlaß gab, so daß als zweite Instanz dann sogar die Gildemeister der Meisterschaft angerufen wurden.

Die Machtbefugnisse der Gesellenbehörden waren ziemlich weitgehende und erstreckten sich sowohl auf polizeiliche als auch auf richterliche Kompetenzen. Die Gesellenversammlung war gleichzeitig der Gerichtstag der Gesellenschaft, wobei auch die Streitigkeiten zwischen den Gesellen entschieden wurden.

Neben den regelmäßig wiederkehrenden Versammlungen konnten auch außerordentliche einberufen werden, aber nur in Gegenwart der zwei Vor-

Dazu kommt, daß man in Gewerkschaftskreisen allmählich erkannte, daß der Arbeitsnachweis als Stützmittel nicht gar so wichtig ist, als man vielfach meinte. Man kann mit einer starken Gewerkschaft auch ohne Arbeitsnachweis den Arbeitsmarkt und damit die Arbeitsbedingungen sehr erheblich beeinflussen, während eine schwache Gewerkschaft auch mit dem Arbeitsnachweis nichts auszurichten vermag. Worauf es in letzter Linie ankommt, ist nicht die Verfügung über den Arbeitsnachweis, sondern die Stärke der Organisation! Wenn die Arbeitsvermittlung von der Gefesgebung einer befriedigenden Regelung unterzogen wird, hört sie auf, einen Kampfcharakter zu haben. Der Klassenkampf selbst hört aber selbstverständlich nicht auf. Die beiden kämpfenden Parteien verzichten auf ein Stützmittel, um andere dafür mit um so größerem Eifer anzuwenden.

Diese Auffassung des Arbeitsnachweises weicht freilich sehr erheblich von der jener bürgerlichen Ideologen ab, welche jeden Schritt zum paritätischen Arbeitsnachweis mit großem Ärgernis begrüßen, weil sie meinen, eine friedliche Lösung der Klassengegensätze bahne sich an. Wenn sich heute die Gewerkschaften mit dem Gedanken befreunden, ihre eigenen Arbeitsnachweise aufzugeben und die Arbeitsvermittlung einer von den öffentlichen Gewalten gestützten paritätischen Kommission anzuvertrauen, so denken sie keinen Augenblick daran, nimmermehr sanfte Friedensschmelzen ertönen zu lassen. Die Gewerkschaften verlassen vielmehr einen Kampfboden, der im Laufe der Zeit für sie immer untauglicher geworden ist, um eine neue günstigere Kampfposition zu beziehen.

Der Arbeitsnachweis wird eine Regelung durch die Gefesgebung erfahren. Das ist nicht minder, wie es das erste Arbeiterschutzgesetz gewesen, ein Sieg des Prinzips, den wir Sozialisten alle Urgrade zu begrüßen haben. Staat und Gemeinde, als Vertreter der Gesamtheit, übernehmen die neue und wichtige Aufgabe, die Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt zu regeln. Unabhängig von dieser Regelung geht selbstverständlich der Kampf des Proletariats weiter, das nicht allein um bessere Existenzbedingungen in der Gegenwart, sondern um die Herrschaft in der Zukunft ringt.

Miasmen aus dem Sumpfe des Bundes Deutscher Sattler-Innungen.

Bürgerliche Freizeugnisse leisten sich vielfach das eigenartige Vergnügen, den „Zauberworten der Genossen“ zu glossieren, den satirischen Aufstellungen den Nachweis zu erbringen, wie in den freien Gewerkschaften mit den Ar-

beiter. „Außer Willen und Wissen der gesteuerten Vorsteher sollen die Gesellen keine Zusammenkunft unter sich machen.“ Waren Zusammenkünfte oder Versammlungen der Gesellen angelegt, so hatte jeder Geselle auch unweigerlich zu erscheinen und rechtzeitig sich einzufinden, außerdem wurde der Strafgehdapparat in Bewegung gesetzt. Wer ohne genügenden Entschuldigungsgrund die Versammlung versäumte, hatte in die Gesellenkasse 1 Schilling zu bezahlen, wer zu spät erschien, wurde mit 6 Pf. bestraft. Wir erwähnen nebenbei, daß ein Tagelohn damals etwa 5 Schilling betrug. Diese Strafgeelder, ebenso wie auch die bei sonstigen Gelegenheiten eingehenden Einnahmen, die meist außerordentliche waren, wurden zu verschiedenen Zwecken verwendet, vor allem zur Krankenunterstützung, zur Wanderunterstützung, zu geselligen Zwecken usw. Ein Paragraf unserer Gesellenrolle bestimmt ausdrücklich: „Wenn bei Fernbleiben von der Versammlung oder auch bei sonstigen Anlässen ein strafbarer Geselle mit einer Geldstrafe geahndet würde, so soll die Hälfte des Strafgebeldes in die Kasse (Gesellenkasse) gelegt werden, um die Gesellen, die hier krank werden und das ihre in der Krankheit verzeihen, davon zu kräftigen, und die andere Hälfte zu gelegener Zeit den sämtlichen Gesellen der 3 Ämter vergütet werden zu verzeihen, doch alles nach Rat und im Beisein der Vorsteher. Aber wenn sich der der Strafe Verfallene nicht wollte strafen lassen oder der Wirt vor dem Amt mühte ausgetragen werden, sollen die Strafgeelder davon auch dem Amt verfallen.“

Im Budget der Geselleneinnahmen und Ausgaben spielten auch diejenigen der Wandergesellen

beizugehörigen gewerkschaftlicher wird. Dabei wird ganz besonders hervorgehoben, daß in den Reihen der Unternehmer ein nur vornehmlicher Ton herrscht und daß die Zimmern es sich angelegen sein lassen, in erster Linie Berufsfragen zu erledigen, und die aus den Beiträgen geschaffenen Mittel für sachlich berufliche Interessen zu verwenden. Wie es in Wirklichkeit da mit bestellt ist, zeigen uns Flugblätter gewisser Bundesvorstandsmitglieder und des früheren Redakteurs des Verbandsorgans des Bundes deutscher Sattler, Kiemer- und Sattlerinnungen. Dieser Herr kennt aus eigener Erfahrung die „Schweinevirtschaft“ im Innungsbande und plaudert darüber die wunderlichsten Dinge aus. In der Hauptache wendet sich dies Flugblatt gegen den Bundesvorstand und naturgemäß auch gegen seinen Vorsitzenden, Herrn Obermeister Zehle, den auch wir bereits aus den Artikeln „Sodom und Gomorra“ und „Herr Obermeister Zehle als Sachverständiger“ zu kennen glauben. Wir scheinen uns geirrt zu haben, weshalb wir uns nun auf das sachverständige Urteil seiner Innungs Freunde verlassen, deren „lästigen“ Anwürfen er sich trotz seines Kronenordens nicht einmal mit seinem Ehrenhäkel wird erwehren können. Doch uns kommt es nicht auf die Person des Herrn Obermeisters an. Nach Kenntnisnahme des Wortlautes der Flugblätter haben wir mit ihm, soweit er als Mensch in Frage kommt, Mitleid. Aber den Vorsitzenden des Innungsbundes und Obermeister der Berliner Sattlerinnung, die vielfach mit unserem Verband als Kontrahent in gewerblichen Arbeitsverhältnissen in Frage kommt und für die Herr Zehle zeichnet, dürfen wir uns schon einmal in bengalischer Beleuchtung ansehen, ohne uns mit den persönlichen Anwürfen einverstanden zu erklären. Wir wollen nur ein für allemal festhalten, wie es in Unternehmerorganisationen angeht, deren Mitglieder sich nie genug über den Ton und über die Stoffgebarung in den freien Gewerkschaften erkräften können. Dazu ist uns nur eine Blütelei gestattet, die trotz ihrer Heiligkeit Anspruch auf Vollständigkeit nicht hat.

Die in Handlung stehenden Personen eine unheilvolle Rolle spielen: „hier wie dort hemmen sie das praktische Vorwärtkommen der Organisation durch ihre Unfähigkeit“; „Streber und Kleber zugleich, ist es ihnen“ - nämlich den Bundesvorstandsmitgliedern - „durch die sich geschaffene Majorität, die leider nicht immer die geistige Majorität in sich faßt, möglich, jede Reformarbeit unmöglich zu machen“; „griff man zu den biblischen Mitteln der Lüge und Verleumdung“; „erbärmlicher Schachzug“; „bewährte Lügen und Verleumdungen, deren Verfasser nach Meinung vieler Kollegen . . . Herr

eine Rolle. Die Abgaben der in Arbeit tretenden fremden Gesellen waren eine Quelle der regelmäßigen Kasseinnahmen. Freilich verursachte die Wanderunterstützung für die, welche keine Arbeit fanden, auch wieder reichliche Ausgaben.

Die Angaben unserer Rolle über die Wandergesellen, über Arbeitsvermittlung und Reiseunterstützung dürften wohl besondere Beachtung beanspruchen.

Die Schenke und Arbeitsvermittlung oder das Zuschickwesen, wie man es auch nannte, war ein wichtiges Stützmittel, das sich die Gesellen mancherorts erst unter langen und schweren Kämpfen erkrierten mußten und das einen der wesentlichsten Grundpfeiler der Stellung der Gesellenorganisationen bedeutete. Die „geschickten“ Bonwerke, welche Wanderzwang hatten, erstehen diese Nachkliche der Gesellenstärke, welche in dem Besitz des Zuschickwesens wurzelte, am nachdrücklichsten.

Bei den Schildergewerben in Künstler lag der Arbeitsnachweis in den Händen der zwei Altgesellen. „Kommt ein fremder Geselle wandern, so sollen für ihn die zwei Gesellen, die hier am längsten gearbeitet haben, um Arbeit gehen. Und wenn er Arbeit bekommt, brauchen sie ihm kein Geschenk zu geben; aber wenn er keine Arbeit bekommt, sollen ihm die beiden Gesellen im Krüge einen Schilling verzeihen. Und wenn mehr dahin kämen, soll einem jeden folgenden allezeit von den zwei nächsten um Arbeit gegangen werden und das Verfahren genau wiederholt werden wie beim vorigen.“

(Schluß folgt.)

„Rehle in“; „verleumderische Wabtnache“; „lägenhafte Beeinflussung“; „zum Würgengel des wahren Wortes, auflatt zum Hiter, so wandelt sich unter Bundesorgan“; „Verleumdungsmaasöver“; „Herrn Zehles Kassierer, Herr Haje, verpaltet drei Staffen. Hier kann man sich helfen. Wird nur eine Staffe geprüft, stimmts immer.“

Einige Jahre vergehen, jedes Jahr erideimt eine Rechnungslegung. Diese stimmt immer, zumindest ist es als stimmend vom Geleantvorstand unterzeichnet. Die Sache wäre auch weitergegangen, wenn, ja wenn nicht die Aufsichtsbehörde gemeldet wäre. In das idyllische Leben des Vorstandes greift mit rauher Hand ein Kassierer ein; und siehe, es stimmt nicht. Aber irren ist menschlich, und Irrtümer kann man ausgleichen. Diesen guten Rat erteilt der Kassierer. Die Herren haben Zeit, aber sie nutzen sie nicht. Der Kassierer kommt wieder. Das Ranko ist nicht beboben, aber größer geworden. Der wohlmeinende Rat wird strenger erteilt, aber es nützt nichts. Nach wieder längerer Zeit beträgt das Ranko nach dem Kassierer ungefähr 1000 Mk., aber inzwischen erscheint jedes Jahr eine Rechnungslegung und es stimmt immer; natürlich nach dem Vorstand.

Bei uns umgibt sich Herr Zehle am liebsten mit „Schiffköpfen“. (Zoll doch nicht etwa „Kohl“ heißen? T. R.) „Schweinewirtschaft, wie sie die Zustände im Bunde. T. R.) Herr Zehle einmal in einer schwachen Stunde nannte“. „Das ganze ist großer Bluff“. „Schweinewirtschaft in der Berliner Innungs-kasse, die Herr Zehle jahrelang duldet“.

Nun einige Redaktionsgeheimnisse: Die Nachartikel, die wir als Kritischeinräge von unseren Kollegen erwarteten, blieben aus. Aber bei rationaler Wirtschaft hätten wir diese haben können, wenn wir das Geld, welches Herr Egl erhielt, für Nachartikel verwendet hätten, da wir die meisten Artikel des Herrn Egl uns selbst hätten ausschneiden und drucken lassen können. Zu allem Ueberflus wurde von Herrn Egl das Geld fast immer im Voraus erhoben und wie Herr Förster dies, als zur Gewohnheit geworden, nicht mehr zahlen wollte, tat es Herr Zehle. Hierbei wollen wir gleich bemerken, daß Herr Egl zum Hamburger Bundestage seine Frau mitnahm, angeblich um seinen kranken Hals zu verbinden, und sich auch für seine Frau die Reisekosten und Spesen aus der Bundeskasse nach Ausgabe des Herrn Zehle hat zahlen lassen. Ein teurer Spah, 60 Mk. für Behandlung des Herrn Egl.

„Ich war nie gerne verant wortlicher Redakteur, mühte ich doch mit meinem Namen decken, dem ich oft innerlich fremd gegenüberstand.“ „Das Köseblatt leie niemand mehr.“

Von zwei Vorstandsmitgliedern heißt es dann noch unter anderem: „Zwar sind sie Vorstandsmitglieder, aber irgend ein Referat zu halten, irgend eine Handwerkerfrage rednerisch durchdacht zu behandeln, sind sie nicht imstande. Damit aber ihre Anwesenheit nicht ganz unnütz erschien, ließ Herr Zehle den einen die Tagesordnung, den andern die Anwesenheitsliste verlesen. Ein solcher Spah kostete uns pro Mann 60 Mk. Mit einer Anwesenheit solcher Vorstandsmitglieder auf den Bundestagen notwendig!“

„So wird vielleicht Herr Zehle zum Totengräber des solange leider mit negativem Resultat bestehenden Bundes.“

Vorstehendes war bereits geschrieben, als uns ein Flugblatt der Zehleanhänger übermittelt worden ist, aus welchem zu ersehen war, daß die Agitation der Opposition eine gerade so fürchterliche Wirkung unter den alten Wackelköpfen hervorgerufen hatte. Als Gegengewicht zu den seit zwei Jahren von den „Neuen“ eingeführten Bezirksabenden wollten sie eine freie Vereinigung ins Leben rufen.

„In welcher alle gewerblichen Vorgänge besprochen werden, besonders solche, welche die Innung betreffen, in welcher Vorträge von bezahlten Kräften gehalten werden, und auch die Geielligkeit eine Stätte findet für Mitglieder und Familien. Der Beitritt ist ein freiwilliger, und soll später, nachdem die Vereinigung stattgefunden hat, nur durch Einführung und Empfehlung möglich sein, damit wir nicht Herren aufnehmen, die diesen Bestrebungen feindlich gesinnt sind.“

Es sollte also eine Auslese unter den Innungsmitgliedern stattfinden, damit die Sturpen von keinem Recht aufgehört werden. Die Geschäftsführung der Innung ist auch so bequemer zu kontrollieren. Jedoch nur 30 Männern sind der in mehr als 300 Exemplaren ergangenen Einladung gefolgt, so daß aus dem in aller Heimlichkeit eingefädelt Plan nichts geworden ist.

In unserem Artikel „Sodom und Gomorra“ (siehe Nr. 20/1912) schilderten wir eingehend die Weisigerwahl zum Berliner Innungsvorstand. Die Opponenten hatten bei der Gewerbedeputation Protest eingelegt mit dem Erfolgs, daß beide Herren erst gar nicht die behördliche Antwort abwarteten, sondern freiwillig ihre „Würde“ in der Berliner Innung niederlegten. Aber Bundesvorstandsmitglieder sind sie noch geblieben, und nach den bisherigen Praktiken ist der Obermeister in der Lage, Berliner Innungsangelegenheiten, die ihm wegen der am 11. Juli von der Opposition gewählten Weisigern zur Erörterung im Innungsvorstand nicht geeignet erscheinen, in die Bundesführung zu verlegen. Denn Vorstand der Berliner Innung, Bundesvorstand und Geschäftsführung des noch weiter mit Zeitigt arbeitenden Bundesorgans sind fast immer dieselben Personen. Dadurch allein ist es verständlich, wenn in den 1 1/2 Jahren seit Bestehen des Bundesorgans noch nicht einmal eine Kassierrevision stattgefunden hat. Wenn so etwas in einer Arbeiterorganisation passieren würde, wie würden da die Innungshelden in „Enteistung“ geraten?

Wir haben aber kein Interesse, uns in den häuslichen Streit des Innungsbundes zu mischen. Es ist ganz und gar keine eigene Angelegenheit. Wenn wir doch hier referierend die letzten Vorgänge geschildert haben, so nur darum, weil damit das Urteil der Mitwelt, die Innungen erfüllen nicht die ihnen gestellte Aufgabe, sie passen nicht mehr in das Getriebe des wirtschaftlichen Lebens, nur bekräftigt wird. Wir überlassen sie getrost ihrem Schicksal, gleichgültig ob in Wäde dieser oder jener Herr das Amt eines „Totengräbers“ übernimmt. Wenn schon Herr Zehle dazu außerordnen sein sollte, so wird er sich endlich einmal mit der Ausführung dieser Funktion ein Verdienst erwerben, wofür wir ihm dann gerne die leberne Medaille verliehen wissen möchten. Vielleicht wird er auch noch anszuehauen, allerdings in Marmor, um nicht nur auf papiernen Innungssemmeln in Mitterrüstung zu glänzen.

Nachklänge von der Münchener Generalversammlung.

VII

Die Ortsverwaltung Breslau sendet uns folgende

Erwiderung:

Zu der Anmerkung des Zentralvorstandes an unseren letzten Versammlungsbericht in Nr. 26 ist eine Erwiderung notwendig.

Es ist doch bekannt, daß trotz der Ausführungen des Kollegen Niesel in München auf Ablehnung unseres Antrages betr. Gaufrüherlegung von Görlich nach Weeslau 19 Delegierte dafür gestimmt haben, von einer fast einstimmigen Ablehnung kann man also demnach nicht sprechen. Weiterhin steht es fest, wenn die Gegenprobe bei der Abstimmung vorgenommen worden wäre, wie es unser Delegierter verlangt hat, sich manche Delegierten der Abstimmung enthalten hätten, weil sie die schleppischen Verhältnisse nicht so genau kennen, so daß die Entscheidung über unseren Antrag auf des Weßers Schneide stand. Deshalb ist die „Zunahme“ an den Zentralvorstand durchaus nicht so groß und wäre es jedenfalls viel richtiger gewesen, wenn klar erklärt worden wäre, was man mit dem Gau Görlich eigentlich

für Absichten hat, denn dadurch wäre unnötigen Vermutungen die Spitze abgebrochen.

Die Ortsverwaltung Breslau.

Vorstand und Ausschuh haben sich in ihrer letzten Sitzung mit dieser Erwiderung beschäftigt und haben darauf zu erklären, daß in der Anmerkung des Vorstandes nur von der Einmütigkeit des Bundestages in allen diesen Fragen die Rede ist, dabei kommt es weniger darauf an, ob der eine oder andere Antrag etliche Stimmen mehr erhalten hat. Zu der Sache „Gau Görlich“ erklären obige Körperlichkeiten, daß es nicht im Interesse einer weiteren erspriesslichen Tätigkeit des Gauleiters liegen kann, wenn die Breslauer Kollegen fortgesetzt mit neuen Anträgen kommen, welche auf eine Neubildung des jetzigen Zustandes hinauslaufen. Nach den Beschlüssen der Kölner Generalversammlung vom Jahre 1909 ist die Einsetzung eines besoldeten Gauleiters nur mit Rücksicht auf die besonderen Verhältnisse in Görlich beschlossen worden und würde sich mit dem Augenblicke diese Anstellung überflüssig machen, sobald diese Vorbedingungen wegfallen.

Der Ausschuh. J. E. S. Wolf.
Der Vorstand. J. R. P. Hum.

VIII.

Kollege Knothe bringt in Nr. 28 unserer Zeitung eine Antwort auf meinen in Nr. 26 erschienenen Bericht. Dem Bericht des Kollegen Knothe, der die Wahrheit geradezu auf den Kopf stellt, werde ich in der Zeitung nicht mehr folgen, da er für die Kollegenhaft im Lande sehr besonders Interesse hat. Ich lade den Kollegen Knothe zu unserer nächsten Mitgliederversammlung ein, wo ich ihm genügend Antwort geben kann. Offenlich befehlt er in Zukunft diese besser, trotz seiner anstrengten Parteilichkeit.

Eisenbach a. M.

Georg Jung.

Die Bedeutung der Organisation.

Von Carl Krüger.
(Aus dem Norwegischen.)

Wir verkaufen unsere Arbeitskraft wie eine Handelsware — die Produkte, über die haben wir keine Kontrolle. Wenn wir unsere Ware, die Arbeitskraft, nicht an den Mann bringen in dem Augenblick, da wir sie anbieten, ist sie unrettbar, ohne den geringsten Erfolg, verloren. Und wir alle zusammen brücken auf den Markt mit unserer Ware, so daß die, die am allerbilligsten verkaufen können, den Preis bestimmen und damit den Lebensstandard für alle die anderen nach oben abgrenzen. Der Markt wird zu einem Wettstreit, den der gewinnt, der am ehesten zu leben vermag.

Das Kapital verfügt über die Produkte. Es kann ruhig daliegen und warten, ohne den geringsten Schaden zu erleiden. Es kann unsere Arbeitskraft kaufen oder darauf verzichten und dasselbe Kapital kann am nächsten Morgen auf den Markt treten, ebenso jung und frisch wie vorben.

Unsere Arbeitskraft ist unauflöslich an unsere Person gebunden. Es ist also nicht gleichgültig für uns, wie unsere Arbeitskraft angewendet wird, zu reinlicher Arbeit, in einem hehlen und gesunden Mann oder in einer Kloake.

Für den Kapitalisten ist es vollkommen gleichgültig, wo sein Kapital, das in den Produkten liegt, angewandt wird. Seine Aktien sind gleich gut, ob sie einem Abzurückgeschäft, in einer Guanozfabrik oder im Diamantenhandel angebracht sind. Der Champagner schmeckt ihm gerade so gut. Für ihn kommt es nur auf die Sicherheit an.

Das Kapital organisiert sich. Und beim Kauf der Arbeitskraft tritt es immer organisiert auf. Wir Menschen müssen uns in Organisationen zusammenschließen, wenn wir etwas ausrichten wollen. Denn wir müssen immer das Schlechteste, das geboten wird, entgegennehmen, sobald wir als einzelne auftreten. So sind die Verhältnisse, wenn wir keine Organisation haben.

Sobald wir unsere Organisation imstande haben, verhandeln wir gemeinsam mit dem organisierten Kapital und mit den organisierten Kapitalisten. Wir haben in unserer Organisation unsere Arbeitskraft affekuriert und wir können Forderungen auf bestimmte Lohnbedingungen stellen, Forderungen stellen darauf, wie unsere persönliche Arbeitskraft angewendet werden soll, wie lang der Arbeitstag sein soll und nach und nach Forderungen, die sich auf alle die Bedingungen erstrecken, unter denen unsere Klasse leben soll.

Wenn wir die meisten in die Organisation gebracht haben, so daß die, die außerhalb stehen, keine Bedeutung mehr haben, können wir Bedingungen stellen, soweit wie die Produktion sie zu tragen vermag, und die Kapitalisten werden in den Hintergrund gedrängt. Das will sagen: wir können Herren werden.

Nach sind wir Sklaven, leider; darum, weil wir diese unsere Organisation nicht fertig haben. Aber

wir sehen den Weg klar und deutlich bis ans Ziel. Nicht allein über die Verhältnisse der Arbeiter können wir bestimmen durch unsere Organisation, wir können auch die wirtschaftlichen Bedingungen für die ganze Gesellschaft regulieren und bestimmen.

Es gibt Leute, die schimpfen auf die Kapitalisten und die Kapitalistengesellschaft und klagen über die schlechten Arbeitsbedingungen und über die mißachtete Stellung der Arbeiter — sie gleichen Kunden, die den Mund anbellern. Solange wir als einzelne auftreten, ohne Organisation und nicht einmal unsere Arbeitsbedingungen durch gemeinsames Nebereinkommen mit den Arbeitgebern ordnen — so lange verdienen wir keine anderen Bedingungen als die, die wir haben.

Nur vereinigt in der Organisation können wir uns erheben, Mündigkeit erwerben und Recht und Respekt; ja, alles in allem, Bedeutung für die Gesellschaft erlangen.

Der unorganisierte Arbeiter wird in jedem Gemeinwesen immer und ewig als Mitglied des Gemeinwesens nur eine Funktion haben, und die ist, seine eigenen Lebensbedingungen hinauszudrücken, immer tiefer und tiefer, bis man vergißt, daß er einmal ein Mensch war.

Der organisierte Arbeiter hat gerade soviel Macht und Einfluß wie alle die, mit denen er vereinigt ist, zusammen haben. Und seine Funktion als Mitglied des Gemeinwesens ist, die Lebensbedingungen der Arbeiter zu heben, bis die Arbeiter die Herren des Gemeinwesens geworden sind.

Welche Leute sollten es sonst sein?

Bei uns laufen alle Drähte zusammen; wir sind die wichtigsten, wir sind die Gesellschaft, wir sind der Staat, wir sind alles.

Warum sollen wir nicht unsere eigenen Angelegenheiten in unsere eigene Hand nehmen? Warum sollen wir in unserer Arbeit Privilegien aufrecht erhalten zum Vorteil für Menschen, die tatsächlich nicht wert sind, uns die Schultern zu lösen? Warum sollen wir das Schlechteste entgegennehmen, das die Erde trägt, und unseren „Herren“ das Beste geben?

Das geschieht nur einzig und allein deswegen, weil wir nicht zusammengehalten haben, weil uns die Organisation gefehlt hat. Die Organisation ist unser einziges Mittel, eine Welt zu gewinnen. Wir haben das Mittel, — es ist nur noch nicht vollkommen genug. Es sind die, die außerhalb stehen, die fehlen. Also wissen wir auch alle, was wir zu tun haben. Wir müssen auch sie heranziehen. Die größte Unwissenheit soll durchbrochen, überwunden und hinweggefegt werden durch die Gründe, die für unsere Sache sprechen. Und die Einwendungen dagegen, die heute hervorgebracht werden, sollen morgen nicht wieder auftreten.

Die Organisation, unsere Hilfe in Not und Armut, unsere einzige Stütze in all unserem Kampf innerhalb der Gesellschaft, soll zugleich unser Mittel werden, die Herrschaft und die Macht zu erringen.

Die Arbeitersekretariate im Deutschen Reich im Jahre 1911.

Gleichen Schritt mit der Entwicklung der gewerkschaftlichen Organisationen und ihrem wachsenden Einfluß auf die sozialen Verhältnisse halten die Rechtshilfsinstitutionen der organisierten Arbeiterschaft. Auch die vorliegende Statistik für 1911 kann von abermaliger Fortentwicklung berichten. Wohl stieg die Zahl aller Rechtshilfsinstitutionen im Jahre 1911 nur gering, erheblich ist aber die abermalige Steigerung der Personen, welche sich an die Rechtshilfsinstitutionen der organisierten Arbeiterschaft wandten und die Zahl der von den Sekretariaten erteilten Auskünfte und Rechtshilfen. Unter Berücksichtigung des Umstandes, daß ein Teil der Sekretariate mit Rücksicht auf eine geordnete Erledigung der übernommenen Rechtshilfsangelegenheiten, nicht allen Personen, ohne Rücksicht auf die Zugehörigkeit zu einer Organisation, Auskunft erteilen oder Rechtshilfe gewähren kann, zum Teil auch aus organisatorischen Gründen nicht gewähren will; unter fernerer Berücksichtigung der erfreulichen Tatsache, daß von seiten unserer Gegner das Möglichste getan wird, um die Bevölkerung von der Benutzung unserer Rechtshilfsinstitutionen abzuhalten, ist die weitere Zunahme dieser Zahlen eine Erscheinung, die uns befriedigen kann und die alle Anfeindungen, welche unsere Einrichtungen so im Laufe des Jahres erfahren, ausgleicht.

Im Vorjahre berichteten 112 Sekretariate, dieselben bestanden alle auch durch das Jahr 1911, es ist keines hiervon im Berichtsjahre eingegangen. Eine Tatsache, die sonst nicht zu konstatieren war und welche darauf schließen läßt, daß mit den Organisationen der Arbeiterschaft auch diese Einrichtungen eine stärkere Stabilität erlangt haben. Neu errichtet wurden 1911 6 Sekretariate: ein siebentes,

bisher unter Auskunfstellen gezählt, berichtete in diesem Jahre gleichfalls unter Sekretariate, so daß die Statistik mit 119 Sekretariaten abschließt. Zu konstatieren ist, daß mit der Errichtung eines Sekretariats in Danzig nunmehr in allen Provinzen und Landesstellen Deutschlands Sekretariate der organisierten Arbeiterschaft bestehen. Von den bestehenden 119 Sekretariaten sind 13 Einrichtungen des Bergarbeiterverbandes, wovon 11 auch anderen Personen, nicht nur Bergarbeitern, Auskunft erteilen.

Von der sich immer fester gestaltenden Form unserer Organisationen berichtet neben anderen die ständig zunehmende Zahl der Sekretariate, welche den Statistiken unterliegen und von diesen vermeldet werden. Diese Zahl ist 1911 auf 62, also 52 Proz. aller Sekretariate, angewachsen; sie betrug 1909 46 und 1910 59 Proz.

Die Auskunfterteilung oder Rechtshilfengewährung geschieht in der größeren Anzahl aller Sekretariate an alle Ratsuchenden, welche sich an das Sekretariat wenden.

Persönliche Vertretungen haben im Berichtsjahre 89 Sekretariate übernommen.

Die Hebermittlung von Beschwerden an die Gewerbeaufsicht übernehmen im erforderlichen Falle 113 Sekretariate. Statistik bezogenen 75 Sekretariate, in weiteren drei wurden statistische Arbeiten nur in Ausnahmefällen ausgeführt. Neben der Funktion als Rechtsauskunft- und Rechtshilfsstelle betreiben 87 Sekretariate gewerkschaftliche Agitation und verrichten andere gewerkschaftliche Arbeiten. In mehreren Orten, wo letztere Tätigkeit nicht zu den Obliegenheiten des Sekretariats gehört, besteht neben dem Arbeiterssekretariat ein besonderes Gewerkschaftssekretariat.

627 028 Auskünfte und Rechtshilfensuchende wandten sich im Berichtsjahre an die Sekretariate, diese Zahl stieg gegen das Vorjahr um 47 944, das sind 8,27 Proz. Von den Auskunftsuchenden waren 590 758 Arbeitnehmer oder Angehörige von solchen, also 94,22 Proz. der Gesamtsuchenden. Von Angehörigen anderer sozialer Stände, wie selbständige Handwerker, selbständige Gewerbetreibende, Arbeitgeber oder sonst Personen anderer Stände wandten sich 30 850 an die Sekretariate, um Auskunft oder Rechtshilfe zu erlangen.

Die Zahl der erteilten Auskünfte stieg im Berichtsjahre auf 658 958. Das Mehr gegen das Vorjahr beträgt 48 061, die Zunahme also 7,86 Proz. Von den Auskünften wurden 625 264 mündlich, 33 694 schriftlich erteilt. Die Zahl der angefertigten Schriftsätze, welche im Vorjahre einen kleinen Rückgang aufwies, stieg gegen das Jahr 1910 erheblich, und zwar von 141 083 auf 150 050, also um 6,35 Proz. Eine Steigerung, die um so mehr ins Gewicht fällt, da mit ihr ein erhebliches Anwachsen der Arbeitsleistung verbunden ist.

Mit der allgemeinen Tätigkeit der Sekretariate stieg auch die Zahl der persönlichen Vertretungen. Sie hat sich in den Jahren von 1907 bis 1911 mehr als verdoppelt; sie betrug damals 3175 und ist jetzt auf 6426 gestiegen. Im letzten Jahre betrug die Zunahme 596 — 10,22 Proz. Von den im letzten Jahre wahrgenommenen persönlichen Vertretungen erfolgten 3858, also mehr als die Hälfte, vor den Schiedsgerichten für Arbeiterversicherung.

Die zur Ausübung der persönlichen Vertretung wahrzunehmenden Termine erreichte 1911 die erhebliche Zahl von 7380. Hieran waren 106 Sekretariate beteiligt. Es wurden 1911 621 Termine mehr wahrgenommen als 1910, 1191 mehr als im Jahre 1909; eine Steigerung von 19,24 Proz. in den beiden Jahren.

Die Unterhaltung der Sekretariate wird von Jahr zu Jahr in stärkerem Maße eine Angelegenheit der beteiligten Organisationen. Nur noch an 20 Orten werden von den Mitgliedern der beteiligten Organisationen besondere Beiträge erhoben, wobei noch zu berücksichtigen ist, daß an 7 von diesen Orten nicht die Mitglieder aller beteiligten Organisationen zu besonderen Beiträgen herangezogen werden, sondern daß hier von einem Teil der beteiligten Organisationen die Beiträge direkt aufgebracht werden.

Die für 107 Sekretariate vorliegenden Angaben über die Einnahmen und Ausgaben ergeben, daß Kartelle und betriebliche Organisationen den größeren Teil der Einnahmen der Sekretariate aufbringen. Von der Gesamteinnahme, welche 556 373 Mark betrug, entnahmen von diesen Körperschaften 416 426 Mk. Das sind 74,85 Proz. der Gesamteinnahmen. Durch besondere laufende Beiträge der Mitglieder der beteiligten Organisationen wurden 85 795 Mk. für die Sekretariate aufgebracht, 21 291 Mk. weniger als im Vorjahre. Zuwendungen erhielten die Sekretariate 36 291 Mk. und zwar zahlte die Generalkommission an einmaligen und laufenden Summen an die Se-

kretariate 17 927 Mk. Die Parteioorganisationen zahlten 11 784 Mk. an die Sekretariate, von sonstigen Arbeiterunternehmungen wurden den Sekretariaten 3980 Mk. zugeführt. Aus Staats- und Gemeindefonds erhielten: das Sekretariat Coburg, welches vollständig aus Staats- und Gemeindefonds unterhalten wird, 2400 Mk., das Sekretariat Paul einen Zuschuß von 1100 Mk. Die Gesamtausgabe betrug 512 918 Mk.

Die Auskunfstellen der Gewerkschaftskartelle gingen im Berichtsjahre von 293 auf auf 338 zurück, trotzdem haben auch die von diesen Einrichtungen erteilten Auskünfte und angefertigten Schriftsätze abermals zugenommen. 47 367 Auskünfte haben 184 Auskunfstellen erteilt, 15 579 Schriftsätze wurden im Berichtsjahre von 160 Auskunfstellen angefertigt. Ferner wurden 872 persönliche Vertretungen von 88 Auskunfstellen wahrgenommen.

Von beiden Einrichtungen zusammen wurden im letzten Jahre 706 325 Auskünfte erteilt, gegen das Vorjahr eine Steigerung von 49 082.

Ueber den Stand der gewerkschaftlichen Einrichtungen unterrichtet seit 1909 die Zusammenstellung des Reichs-Stat. Amtes. Bei Gelegenheit seiner diesjährigen Veröffentlichung sagt das Stat. Amt über den Grundhaushalt, nach welchem es bei seiner Zusammenstellung verfährt: In die Erhebung sind im allgemeinen nur die Rechtsauskunfstellen einbezogen, die an alle Besucher oder an Kinderbeweise unentgeltlich oder nur gegen eine geringe Gebühr Rechtsauskünfte erteilen. Wenigstens sind alle Bureaus gewerkschaftlicher Rechtskonsulenten aufgenommen sind aber alle Rechtsberatungsstellen von Arbeitervereinigungen, obgleich sie vielfach nur an ihre Mitglieder Auskunft erteilen sowie die der Arbeitgeber, bei denen sich die Auskunfterteilung auf die Arbeiter der betreffenden Betriebe erstreckt. Es haben an das Stat. Amt berichtet 114 gemeindliche und kreisliche Rechtsauskunfstellen über 309997 erteilte Auskünfte und 51 967 angefertigte Schriftsätze. Unter dieser Zahl gruppiert das Stat. Amt wie in den Vorjahren das Sekretariat Coburg. Ferner 29 Rechtsauskunfstellen gemeinnütziger Vereinigungen über 188 099 Auskünfte und 27 956 Schriftsätze.

Die unter Auskunfstellen sonstiger Arbeitervereinigungen aufgeführten Einrichtungen sind solche der Verbände oder Vereine, sie berichten über die dieselbe Zahl von 4566 erteilten Auskünften und 2019 angefertigten Schriftsätzen. Diesen Zahlen darf man getrost nicht die angegebenen Frequenzsiffern einiger unter Rechtsauskunfstellen politischer Vereinigungen gezählter Auskunfstellen mit zweifellos selber Tendenz zuzählen, um so einen ungefähren Ueberblick über die Rechtshilfe in Zahlen zu bekommen, welchen diese zur Veranschaulichung der Arbeiterklasse mit Unternehmerrschilfen geschaffenen Einrichtungen im letzten Jahre geliefert haben. In der Beurteilung dieser Zahlen wird man natürlich mit derselben Vorsicht zu verfahren haben, als dies den Mitgliedsziffern dieser Vereine gegenüber zu geschehen hat.

Unter den Rechtsauskunfstellen politischer Vereinigungen berichtet die Rechtsauskunfstelle des Deutschen Stenographenvereins. Auskunfstellen des Reichsverbandes zur Verhinderung der Sozialdemokratie sind im letzten Bericht nicht enthalten, warum, ist nicht zu ersehen. Zusammen berichten 29 dieser Auskunfstellen über 28 991 Auskünfte und 14 667 Schriftsätze.

Rechtsauskunfstellen für Frauen berichten 91 über 34 539 erteilte Auskünfte und 4288 angefertigte Schriftsätze.

Die Hirsch-Duenderfer Verbände gruppieren ihre Einrichtungen in Arbeiterssekretariate (9), Rechtsauskunfstellen (30) und Auskunftsbüros (11). Hier berichten 50 Rechtshilfsinstitutionen über 52 200 Auskünfte und 11 115 Schriftsätze. Das im Gewerkschaftsbereich veröffentlichte Adressenverzeichnis führt 60 Einrichtungen auf, von welchen 32 nur den Mitgliedern der Verbände zur Benutzung offen stehen, welche die Auskunfstellen errichtet haben. Von Einrichtungen christlicher Gewerkschaften berichten 54 über 40 773 erteilte Auskünfte und 23 614 angefertigte Schriftsätze. Auch bei diesen kann angenommen werden, daß der größere Teil dieser Einrichtungen nur den Mitgliedern der Verbände zur Verfügung stehen, welche dieselben geschaffen haben, denn es werden 50 von diesen 54 Einrichtungen als Einrichtungen bestimmter Verbände bezeichnet. Das gleiche mag für die Auskunfstellen der politischen Berufsvereinigungen zutreffen, von welchen 7 über 10 682 Auskünfte und 6983 Schriftsätze berichten.

Rechtsauskunfstellen von Arbeitgebern berichten 9 über 9486 Auskünfte und 4908 Schriftsätze.

Von konfessionellen Rechtsauskunfstellen haben 19 evangelische über 82 298 Auskünfte und 14 520 Schriftsätze, 128 katholische über

264 063 Anstünfte und 109 086 Schriftzüge berichtet. Zu diesen berichtet das N. L., daß die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften, vielfach die vom Volksverein für das katholische Deutschland errichteten Volksbüros und die Arbeitersekretariate der katholischen und evangelischen Arbeitervereine benutzen, denen die christlichen Gewerkschaften teilweise bestimmte Beiträge für die unentgeltliche Unterweisung ihrer Mitglieder in Rechtsfragen zahlen.

Von 7 ländlichen Genossenschaften, welche in diesem Jahre zum ersten Male in der Statistik des Stat. Amtes erscheinen, wird über 6456 erteilte Anstünfte und 478 angefertigte Schriftzüge berichtet.

Das Wandern.

Wir sind gewohnt, daß sich unser Verbandsorgan hauptsächlich mit unseren Arbeitsverhältnissen beschäftigt, nun sei auch einmal die freie Zeit in den Kreis unserer Betrachtungen gezogen. Auch hier wollen wir versuchen, den Kollegen Wege zu weisen, die besser auszuweichen.

Die arbeitsfreie Zeit teilt sich befänglich in die Zeit des Schlafes und in die Zeit der Erholung. Ueber den Schlaf ist wohl wenig zu sagen. Er verlangt bei allen Arbeitern die gleichen Vorbedingungen. Desto mehr zu sagen ist aber über die Erholung. Sie ist ganz verschieden, je nach der ökonomischen Lage des Arbeiters. Denn die Arbeiter in den Feuerbetrieben von Rheinland-Weisfalen, die Schauerleute des Hamburger Hafens, die oft 30 Stunden hintereinander arbeiten müssen, die elend bezahlten Heimarbeiter der Textilbranche, die vom Verbleib ins Bett und vom Bett an den Arbeitstisch gehen, sie alle werden einer anderen Erholung bedürfen als die 2000 Kollegen, die nach unserer Statistik 53 Stunden und weniger arbeiten.

Für die ersteren wird die Erholung mehr ein Ausleben, für die anderen mehr ein Ausleben, ein Nachholen dessen sein, was der Körper und der Geist durch die einseitige Arbeit eingebüßt hat. Besonders aber, seit die moderne Arbeiterbewegung den Arbeiter zur Erkenntnis seiner Lage gebracht hat, hat sich auch die Erholung des Arbeiters veredelt. Statt wie sonst in die Kneipe zu gehen oder sich durch Kartenspiel die Langeweile zu vertreiben, nimmt der moderne Arbeiter lieber ein Buch, eine Fortschüre zur Hand oder sucht das, was unsere Arbeitsmethoden an ihm sündigen, durch andere Sportmethoden aus ihm sündigen, durch andere Sportmethoden aus ihm sündigen, durch andere Sportmethoden aus ihm sündigen. Beide Arten haben ihre Berechtigung. Beide können der aufstrebenden, nach Vollkommenheit ringenden Arbeiterschaft unendlich viel Segen bringen. Auch unter den verschiedenen Arten des Sports gibt es wieder Unterschiede, was die Vorübungen und was die Kosten anbelangt. Der Radfahrer, der Schwimmer und der Kuderer, sie müssen vorher radfahren, schwimmen und rudern gelernt haben. Und was die Kosten anbelangt, so kann der Radfahrer ohne Fahrrad ebensowenig etwas machen, wie der Kuderer ohne Boot oder der Turner ohne Turnapparate. Dadurch werden weite Kreise der Arbeiterschaft von diesen Körperübungen ausgeschlossen. Nun gibt es aber einen Sport, der eigentlich für jeden ist. Das ist die edle Wanderei. Denn zum Wandern brauchen wir keine besondere Vorübung wie zum Rudern und zum Schwimmen. Auch keine besonderen Apparate wie beim Radfahren. Ein tüchtiger Stod, ein Kuckuck für den Proviant, höchstens noch ein Aluminiumteller, das genügt für den Wanderer vollständig. Und doch heißt die Wanderei an Nutzen für den Körper den anderen Sportarten durchaus nicht nach. Denn sie nützt gerade den Organen, die für den Menschen unentbehrlich sind und die gerade beim Arbeiter am meisten leiden, der Lunge und den Verdauungsorganen. Gerade unsere Lunge bedarf im höchsten Maße einer sorgfältigen Pflege. Denn sie leidet unter den heutigen Verhältnissen außerordentlich. Schon das Leben in der Stadt bringt sie um die gesunde Atmosphäre, die der Landbewohner genießt. Dann muß sie in der engen, oft überfüllten Arbeiterwohnung die Ausdünstungen der vielen, oft noch kranken Menschen über sich ergehen lassen. Und endlich füllt ihr der Arbeitsprozeß mit seinem Staub und mit seinen giftigen Dämpfen den größten Schaden zu. Daher finden unter den Proletariats ja auch die Lungenkrankheiten einen so überaus günstigen Boden.

Vor mir liegt ein Bericht der Erstkranktenliste der Buchbinder Berlins, zu der auch unsere Portefeuller gehören. Dieser Bericht gibt uns ein Bild davon, wie unsere Atmungsorgane leiden. Denn im Jahre 1911 erkrankten an den Atmungsorganen allein ein Fünftel aller männlichen Kranken, genau 21,03 Proz. Bei den Frauen waren es 17,60 Proz., also auch annähernd soviel. Wir sehen also, wie notwendig es ist, daß dem Proletariat reine Luft zugeführt wird. Und hier ist es das Wandern, das den Lungenschwachen und Lungenleidenden hinausführt aus dem engen Haus in die frische Feld- und Waldluft mit ihrem balsamischen Duft und ihm Gelegenheit gibt, die Lungenflügel in reiner Atmo-

sphäre vollzupumpen. Gerade die Wälder wirken außerordentlich fördernd auf die Gesundheit ein. Ja, sie wirken auf die Lungen wie die Heilquellen auf die kranken Gliedmaßen. Ist doch nachgewiesen, daß Erle, die von Wäldern umgeben sind oder an Wäldern liegen, außerordentlich gute Gesundheitsverhältnisse haben. Man hat sogar gefunden, daß in Zeiten ansteckender Epidemien diese Erle von den Krankenheiten verschont wurden. Seltner aber menschlicher Unverstand oder blinde Profitgier die umgebenden Wälder nieder, so laßt auch der Gesundheitszustand und mit dem Schutze der menschenverdenden Epidemie war es aus. Es ist deshalb auch kein Zufall, daß unsere Lungenheilstätten und Genesungsheime so oft mitten im Walde liegen. Daß uns das Wandern wieder in diese so heilkräftigen Wälder führt, uns ihre reine stehende Luft einatmen und so unsere Gesundheit stärken läßt, das ist demnach ein großer Vorzug des Wanderns.

Die zweite Wohltat, die dieser Sport seinen anhängern zuteil werden läßt, ist die Vermehrung der Blutzirkulation und der Ernährung. Denn der Wanderer bleibt ja nicht an einem Orte liegen, seine Hüfte tragen ihn über Berg und Tal, durch Feld und Wald. Dadurch aber wird das Atmen angeregt. Das Blut kommt in Bewegung und damit wird die Ernährung gefördert. Denn das Blut ist nicht bloß, wie viele meinen, der Träger des lebenserhaltenden Sauerstoffes, sondern auch der Träger des Speisefettes, der zu unserer Ernährung, zum Ersatz der verbrauchten Stoffe bestimmt ist. Dieser Saft ist zuerst im Magen vorbereitet worden. Dann haben ihn die Därme aufgenommen und fertig gemacht. Darauf haben ihn bestimmte Drüsen aufgeschoben und ins Blut gebracht. Und nun schwimmt er mit dem Blute durch den ganzen Körper und wird da aufgeschoben, wo Ersatz der verlorenen Kräfte nötig ist. Nun ist es doch klar, daß diese Versorgung viel schlechter vor sich geht, wenn das Blut langsam zirkuliert und daß sie besser wird, wenn das rote Blut, dieser Lebenssaft schneller fließt. Und wenn nun durch das ständige Wandern das Blut in ein schnelleres Tempo gebracht wird wie sonst, so können wir uns denken, daß das dem Körper nur dienlich sein kann. Daher kommt es auch, daß wir nach einer guten Fußpartie auch stets einen kräftigeren Appetit verspüren und daß uns das Essen dann besser bekommt als nach schwerer Arbeit. Dazu kommt nun noch, daß wir beim Wandern auch ästhetisch gewinnen. Dieser edle Sport läßt uns hinaus aus den steinernen Mauern unserer Städte mit ihrem ewigen Einmalei und führt uns durch Wälder und Feld. Dort erfrischt sich das Auge wieder einmal an dem Grün der Wiesen, der Wälder, an den Farben der Blumen. Dort nimmt unsere Nase, die durch die Dünste der Stadt wahrlich nicht vermischt worden ist, wieder würzigere Gerüche wahr. Und das Ohr kann sich beim Singen der Vögel erholen von dem nervenanzregenden Geräusch der Straße mit ihrem Wagengerassel und dem Gesaus der Straßenbahnen. Kurz, das Wandern ist von welcher Seite man es betrachtet, ein Sport speziell für den Arbeiter. Selbst der körperlich Schwache kann nach seine kleine Partie machen, wenn ihn das Turnen oder das Radfahren zu sehr überanstrengt. Auch dem finanziell schlechter Gestellten ist noch eine Partie erlaubt, das Rudern wird ihm zu teuer werden. Aber dies Wandern ist auch der Sport der Vielbeschäftigten. Wie wanderer unter uns ist durch seine Tätigkeit in der modernen Arbeiterbewegung in der Woche so in Anspruch genommen, daß er seine Zeit für die manchmal so notwendigen körperlichen Übungen hat. Doch der Sonntag bleibt ihm frei für eine Wanderung in die freie Natur. Preislich muß auch das Wandern mit Verstand getrieben werden. Es darf ebensovienig in Kilometerfresserei ausarten wie das Rudern. Es darf besonders von Fußleidenden nur sehr, sehr mäßig betrieben werden. Am besten ist es, wenn man sich einem bestehenden Arbeiter-Wanderverein anschließt. Hier findet man Belehrung über zweckmäßiges Wandern, hier sind gesinnungsverwandte Kreise, in denen man sich wohl sein lassen kann, hier wird auch auf die beschränkten Verhältnisse der Arbeiter Rücksicht genommen. So haben wir in Berlin drei Wandervereine, der größte ist der „Wanderbund Naturfreunde“, dieser hat die meisten Mitglieder, die meisten Touren, veranstaltet besondere Lichtbildervorträge und sorgt für die Wissenschait, besonders für die Pflege der Naturwissenschaft durch eine besondere wissenschaftliche Abteilung. Seine Touren sowie die Touren der beiden anderen Vereine sind jede Woche im „Vorwärts“ zu finden.

Nach alledem kann man nur wünschen, daß unsere Kollegen ihren Sonntag in dieser Weise verbringen mögen. Sie werden bald finden, daß sie sich dadurch das Leben bedeutend verschöner und sie werden oft im grünen Wald, unter dem schattenspendenden Blätterdach der Laubbäume, am klaren Waldsee oder auf der Berghöhe mit dem herrlichen Ausblick auf eine entzückende Gegend ausruhen: „Wie herrlich ist doch das Wandern!“ Ernst Kreppli.

Streiks und Lohnbewegungen.

Der Streik bei der Firma S. S. Schüge-Dannover dauert noch unverändert fort. Trotz erneuter Einigungsversuche konnte eine Verständigung nicht herbeigeführt werden. Wäre doch auch das Entgegenkommen des Herrn Schüge ein allzu großes, wenn seinen allen Leuten, die 25 Jahre lang ihre ganze Kraft und Intelligenz dem Geschäft für einen geringen Lohn geopfert haben, eine kleine Lohnzulage gemährt würde. Das ärgert soziale und humane Verhalten des Herrn Schüge wird man erst recht zu würdigen verstehen, wenn man bedenkt, daß derselbe zwar für Streikbrecher 7 bis 10 Mk. die Woche zu dem verbieten Lohn zulegen, die äußerst gerecht und minimalen Forderungen der Streikenden aber nicht bewilligen kann. Wie verlegen die Firma um Arbeitskräfte ist, erkennt man daraus, daß sogar die Lehrlinge im Afford arbeiten müssen, um so ihre Arbeitskraft aus Ängstler anzupumpen. Die komplizierten und besten Arbeiten können nur von gut geschulten, eingearbeiteten Leuten hergestellt werden. Solange Herr Schüge für diese seinen Lohn gezahlt und dies wird ihm nicht gelingen, wenn er sich nicht bequemt, die Löhne seiner Konkurrenzfirma zu bezahlen, solange leben die Streikenden mit der größten Seelenruhe all den Wachen zu, die man gegen sie unternimmt. Daß bei einem wirtschaftlichen Kampfe sich auch stets so nützliche Elemente finden, die ihren eigenen Kollegen in den Rücken fallen, ist zur alltäglichen Erscheinung geworden. Daß aber diese „Auchkollegen“ noch andere Streikbrecher beschäftigen, nachdem es der Unternehmer in 10 Wochen und reiblichem Bemühen nicht fertig brachte, und diese dann lieberoff in Schuld nehmen, setzt aber doch allem die Krone auf. Besonders die Führungskräfte in dem Betrieb lassen sich die Fürsorge der neu angekommenen Arbeitswilligen sehr angelegen sein. Einerseits um von der „Gnadenlosigkeit“ etwas besser beschien zu werden, andererseits hat es noch den Vorteil, sein sonst leer stehendes Logis zu einem ansehnlichen Preise an den Mann zu bringen. Auch die Kleinmeister der bedrohte Mittelstand spielten in diesem Lohnkampf eine sonderbare Rolle. Derselben Herren, die vor dem Streik nicht genug über die Konkurrenz klagen konnten, fühlen sich jetzt verpflichtet, Mauerstreikdienste zu leisten. Sogar Rentiers greifen noch einmal zu der Axt, um so dem ehrlichen Handwerk den goldenen Boden wieder zu verschaffen. Aber durch all diese Wadenkämpfe sowie durch das produzierende Verhalten der Streikbrecher lassen sich die Streikenden nicht irritieren. Einmal denn sie stehen sie zusammen, sehr entschlossen, nicht eher wieder in den Betrieb hineinzugehen, bis man ihre berechtigten Forderungen anerkannt hat.

Aus unserem Beruf.

Die Arbeitslosigkeit unter den Mitgliedern des Sattler- und Portefeuller-Verbandes war auch im zweiten Quartal sehr groß. Von den 13 054 männlichen Mitgliedern wurden 1268 mit 17 063 Arbeitslosentage gegählt, wovon 475 für 7872 Tage (1979 Mark) Unterbringung aus Verbandsmitteln erhielten. Von den 1083 weiblichen waren 108 insgesamt 1206 Tage arbeitslos. Unterbringung erhielten 44 für 584 Tage = 567 Mk. Auf der Reise wurden 1203 Fälle gemeldet, wovon 318 für 952 Tage 952 Mk. erhielten. Ein weibliches Mitglied erhielt für 5 Tage ebenfalls Mark an Reiseunterbringung. Trotz ständiger Veröffentlichung in unserem Organ und eingehender Mahnung haben folgende Verwaltungen stellen die gelbe Verzeichnisse nicht eingeleitet: Rathenow, Slettin, Glogau, Posen, Striegau, Puchum, Dortmund, Kassel, Apolda, Bera-Eigersburg, Ansbach, Koburg, Augsburg, Schingen, Mannheim und Strakburg.

Aus Industrie und Handel.

Die Karosserie- und Wagenfabrik von Lange in Jauer (Schlesien) sah sich infolge des großen Bankrotts der Firma Knappe u. Thomas veranlaßt, Konkurs anzumelden.

Konkurrenzbewerber. Wenn von industriellen Gesellschaften über Preisdrückerei des preussischen Fiskus geklagt wird, so muß man diese Beschwerden mit Skepsis aufnehmen. So lang auch die Reife der Vorwürfe ist, die gegen die Praxis der deutschen Staatsverwaltungen zu erheben sind, der Vorwurf ist sicherlich ungerichtet, daß sie kein Verständnis für die Protestsprüche des Großkapitals haben. Vornehmlich von den Waggonfabriken werden seit Jahren Beschwerden über ungenügende Preise erhoben, zur Begründung wird auf die rückgängigen Dividenden der Waggonfabriken verwiesen. Es stellen sich die Dividenden der Waggonfabriken, deren Aktien an der Berliner Börse gehandelt werden, folgendermaßen:

	1907	1908	1909	1910	1911
	Proz.	Proz.	Proz.	Proz.	Proz.
Busch, Waggonfabrik	12	14	12	16	
Düsseldorfer Waggonfabrik	22	20	16	18	
Görlitzer Eisenbahn-Bedarfs-Gesellschaft	22	20	16	13	
Gotthard Waggonfabrik	10	10	10	10	
Hannover, Waggonfabrik					
Herrbrand, Waggonfabrik	15	9	8	7	
Vinse, Waggonfabrik, Breslau	20	22	25	25	23,5

Bei den meisten dieser Waggonfabriken ist die Dividende seit 1908 zurückgegangen, indes ist nicht zu verkennen, daß die Waggonfabriken auch in den letzten Jahren, die sie selbst als Notstandszeiten bezeichnen, Dividenden zur Verteilung brachten, deren Höhe von vielen anderen Industriegeellschaften nur in Hochkonjunkturperioden erreicht wird. Aus den fortwährenden Klagen der Waggonfabriken ist lediglich zu folgern, daß die in früheren Jahren von den Staatsbahnverwaltungen gezahlten Preise für Waggon-Monopolpreise waren, deren Bezahmung schon lange vorher hätte erfolgen müssen. Welche Meisenprofite von den Waggonfabriken aufgeschöpft worden sind, ergab sich besonders deutlich bei der Fusion der Breslauer Waggonfabrik Vinse mit der Waggonfabrik Hofmann, beide Betriebe hatten ungeheure Meisen angeammelt, obwohl die Waggonfabrik Gebr. Hofmann mit 35- und 40prozentigen Dividenden die hohen Vinse-Dividenden noch übertraffen hatte.

Um bei den Staatslieferungen jene profitablen Geschäfte zu machen, haben sich die Waggonfabriken eine Organisation geschaffen, die von der preussischen Staatsbahnverwaltung den Löwenanteil an den Lieferungen erhält. Es handelt sich um die Norddeutsche Wagenbauvereinigung, der 16 Werke angehören, darunter die Waggonfabrik Vinse-Breslau, Waggonfabrik Lüders-Görlitz, Hofmannsche Waggonfabrik-Breslau und Reichelt u. Co.-Grünberg. Diesen 16 Betrieben werden 69 Proz. der Gesamtanträge, den außenstehenden Fabriken insgesamt nur 31 Proz. überwiesen. Angelockt durch die kolossalen Gewinne der Waggonfabriken ist im Laufe der Jahre neue Konkurrenz entstanden, die bei anderen Erzeugnissen erheblich billigere Preise stellte, um Aufträge zu erlangen. Dieser Wettbewerb nötigt auch die Mitglieder der Norddeutschen Wagenbauvereinigung entsprechende Konzessionen in ihren Offerten bei privaten oder Auslandslieferungen zu machen. Neuherrlich für die Situation ist, daß nach den Angaben der Waggonfabriken die Auslandspreise erheblich niedriger als die Inlandspreise sind, mehrfach wird behauptet, daß Auslandslieferungen ohne Nutzen ausgeführt worden sind. Wenn die Gesellschaften dabei die zwar ermäßigten, aber doch hohen Dividenden bei reichen Abschreibungen zahlen können, so beweist das eine sehr respektable Rentabilität, die in der Hauptsache durch die von den fiskalischen Verwaltungen zugewiesenen Preise gewährleistet ist.

Verzollung von Täschnerwaren in Rußland. Die Handelskammer zu Offenbach a. M. hatte vor einiger Zeit an das Reichsamt des Innern eine Eingabe gerichtet, in der sie u. a. darüber Klage geführt hatte, daß in Rußland Täschnerwaren aus geraubtem Stalleder wie solche aus Sämijsleder (geraubtem Schafleder) verzollt werden. Das Reichsamt hat nunmehr der beschwerdeführenden Kammer mitgeteilt, daß die von ihr eingefandten Nuster von geraubtem Schafleder und geraubtem Stalleder nach der angestellten Untersuchung als mineralgegerbtes Leder anzusehen sind und nach der Auffassung des russischen Zolldepartements als Sämijsleder nur mit Iran gegerbtes Leder zu bezeichnen sei. Die Zubereitung des von der Kammer vorgelegten Lederstückes, welches auf der einen Oberfläche Sämijsleder und auf der anderen Glacéleder imitierte, sei vollkommen mit der Zubereitung des Glacéleders identisch, da diese beiden Lederarten einer vollkommen analogen mineralischen Gerbung unterworfen werden. Deshalb seien die aus dem bezeichneten Lederstück angefertigten Waren, welche im russischen Tarif nicht besonders angeführt sind, bei ihrer Einfuhr nach Rußland nach Artikel 57,iffer 3, mit 4 Rubel 50 Kopeken für das Pfund zu verzollen, ebenso wie die gleichen Waren aus Sämijs- und Glacéleder. Der Staatssekretär des Innern könne sich von der weiteren Verzollung der Angelegenheit einen Erfolg nicht versprechen, weil nach einem Gutachten der deutschen Versuchsanstalt für die Lederindustrie in Freiberg i. Sachsen Sämijsleder von anders gegerbten Lederarten nicht mit Sicherheit unterscheidet werden könne. Da ferner eine chemische Untersuchung bei fertigen Täschnerwaren wohl meist unzulässig sei, würden Beschwerden über die Verzollung von Lederwaren aus mineralgegerbtem, dem Sämijsleder ähnlichem Leder, als Lederwaren aus Sämijsleder in der Regel nicht durchführbar sein.

Rußland.

Ägyptens Einfuhr von Lederwaren stellte sich im Jahre 1911 nach einem Bericht des Statist. Monatslots in Alexandria wie folgt:

Täschnerwaren im Werte von 24834 Pfund Sterling wurden vorwiegend aus Österreich-Ungarn, Großbritannien und Deutschland bezogen. Die auf 5035 Pfund Sterling bezogene Einfuhr aus Deutschland kann auf etwa 1000 Pfund Sterling angenommen werden und ist teilweise in der auf 16997 Pfund Sterling angegebenen österreichisch-ungarischen Einfuhr einbezogen. Beide and mildere Ware ist vorwiegend britischer und deutscher, gemischte Ware österreichischer und französischer Herkunft.

Andere Lederwaren im Werte: 35939 Pfund Sterling kamen zur Hälfte aus Großbritannien, im übrigen aus Frankreich, den Vereinigten Staaten von Amerika, der Türkei und Deutschland (Wert: 2885 Pfund Sterling). Ein wichtiger Artikel sind lederne Treibriemen, die zum größten Teil französischer, im übrigen französischer und deutscher Herkunft sind. Im Lande werden auch Treibriemen angefertigt, wozu das Rohmaterial namentlich aus Großbritannien und Frankreich bezogen wird. Gaudschuhe liefern hauptsächlich Großbritannien und Frankreich, Handschuhe und Metallfäden Großbritannien und Deutschland.

Sattlerwaren im Werte von 7469 Pfund Sterling waren fast ganz britischer Herkunft.

Korrespondenzen.

Leipzig. (E. 11. 7.) Am 5. Juli fand eine Mitgliederversammlung statt mit der Tagesordnung: 1. Bericht und Neuwahl der Gauveisiger; 2. Bericht vom „Volkshaus“; 3. Bericht des Gau. Zum ersten Punkt der Tagesordnung berichtete die Gauveisiger. Auch der Gauleiter Kollege Buch gab einen Überblick über den mitteldeutschen Gau, woraus zu ersehen war, daß der Gau Fortschritte gemacht hat (weitere Ausführungen über den Bericht vom Gau siehe vorletzte Nummer). Es wurde aber auch ausgeführt, daß einige Filialen wirkliche Schmerzenskinder im Gau sind. Wenn der Gauleiter anwesend ist, so geht es in den zurückgelassenen Filialen, aber ist er fort, ist auch bei den Kollegen der Holt zur Organisation fort. Als Gauveisiger wurden die Kollegen Seydenreich und Goreske gewählt. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung gab Kollege Berger den Bericht vom „Volkshaus“. Das Leipziger „Volkshaus“ repräsentiert gegenwärtig einen Wert von rund 1 1/2 Millionen Mark. Es haben sich in neuerer Zeit einige Umbauten notwendig gemacht, was ja wiederum Kosten verursacht. Im allgemeinen hat sich das „Volkshaus“ gut entwickelt. Es dürfte angebracht sein, daß unsere Kollegen ihr eigenes Heim besser frequentieren.

Berlin. (E. 12. 7.) In der letzten Versammlung der Meisereisiger wurde ein sehr wichtiger Beschluß gefaßt. Einige Kollegen hatten den Wunsch geäußert, in der Brandenburger Versammlung einen Vortrag über den Arbeitsnachweis zu hören, weil unter den Kollegen über das Anfragen auf Annoncen irrige Ansichten herrschten. Diesem Wunsche entsprach ein sehr informatives Referat des Kollegen Wob. Der Referent betonte, daß wir leider die beste Form der heutigen Arbeitsvermittlung, den paritätischen Arbeitsnachweis, nicht hätten und daß wir uns daher mit dem Arbeitsnachweis des Verbandes begnügen müßten. Dann verwarf er entschieden das Anfragen nach Arbeit, weil es dadurch nicht möglich sein werde, angemessene Lohnsätze aufrechtzuerhalten. In bezug auf das Arbeitsuchen nach Annoncen machte er dem Kollegen, der noch in Arbeit steht, zur Pflicht, auf den Arbeitslosen, der sich mit ihm zugleich meldet, die größtmögliche Rücksicht zu nehmen. Er empfahl daher folgenden Beschluß zur Annahme:

„Wenn auf Zeitungsannoncen sich nehmende Arbeitslosen auch in Arbeit nehmende Kollegen melden, so sind die Kollegen, die in Arbeit stehen, moralisch verpflichtet, den Arbeitslosen das Vorrrecht zu lassen.“

In der Diskussion machte dann noch Bevollmächtigter, Kollege Schulte, sehr interessante Ausführungen. Er bewies, daß der Arbeitsnachweis des Verbandes nicht so von den Arbeitgebern benutzt werde, wie es wünschenswert sei. Das komme daher, daß sich die arbeitssuchenden Kollegen oft auf Stellen melden, zu denen ihre Fähigkeit nun einmal nicht ausreicht, so daß der Unternehmer enttäuscht ist oder gar geschädigt wird und sich daher ein andermal nicht mehr an den Nachweis wendet.

Es sei daher den Kollegen zu empfehlen, hier mehr Selbstaucht zu üben, um diesen Mangel zu beseitigen. Schließlich nahm die Versammlung einstimmig die Resolution Wob an. Offen wir, daß dieser Beschluß ebenso einmütig, wie er gefaßt worden ist, auch gehalten wird, auch von denen, die in der Versammlung durch Abwesenheit glänzten.

Grünberg i. Schl. (E. 12. 7.) Nach langen Verhandlungen ist es gelungen, vor einigen Wochen hier eine Zehntel zu gründen. Am Sonnabend, den 24. Juni, fand wiederum eine Zusammenkunft statt, in welcher Gaudleiter Vortich den Bericht vom Verbandstag in München gab. Redner meinte ganz richtig, daß zu diesem Thema auch Annoncen einzuladen waren. In den Ausführungen spiegelte sich ein Eindrucks unseres Verbandes wider, die wahrlich zu den besten gehört und selbst dem Mitglied ein Interesse abgewinnen mußte. Die reichlich zweistündigen Ausführungen wurden mit Beschluß aufgenommen und waren alle Kollegen mit den Beschließen einverstanden.

Der Vorsitzende machte dann noch längere Mitteilungen und brachte die unerwünschte Agitationsarbeit am Erie zur Sprache. Die Löhne lassen noch viel zu wünschen übrig. Die sogenannte „Kaufarbeit“ muß noch erhalten, um einigermaßen durchzukommen. Ist nicht jeder selbst schuld daran, daß hier noch solche niedrigen Löhne vorkommen? Ermahnt euch, Kollegen, und trete! Ich bin in den Verband. Nur durch ihn ist Wandel zu schaffen. Nennt in die Mitgliederversammlungen, um dort zu beraten, wie die Lebenslage durch vereinte Kräfte zu heben und zu fördern ist. — Weg mit der Kurze und Jagdhaftigkeit! Nur dem Mutigen gehört die Welt!

Gotha. (E. 13. 7.) Eine Versammlung der Sattler fand hier am Donnerstag, den 11. Juli, im Gewerkschaftslokal „Zwei Molken“ statt. Gaudleiter Buch aus Leipzig referierte über das Thema: „Wer schützt die Interessen der Sattler?“ Derselbe schilderte die Entwicklung der einzelnen Branchen. Die Meisenanlagen der neuesten Bahnhöfe zeugen von dem zunehmenden Meiserverkehr. Der Leipziger Hauptbahnhof, welcher jetzt im Bau ist, bedeckt eine Grundfläche von 55500 Quadratmetern. Dieser wird der größte Bahnhof der Erde. Reichlich in Deutschland mit großen Bahnhöfen versehen: in Frankfurt a. M. 3 1/4, in Dresden 2 1/2, in Köln 2 1/2 und in München 21 Tausend Quadratmeter Grundfläche haben diese Zentralbahnhöfe. Hundert und mehr Büge zur Personenbeförderung laufen täglich auf diesen Bahnhöfen ein und aus. Hunderttausende von Menschen fahren täglich auf der Bahn in Deutschland. Je größer die Personenbeförderung wird, desto mehr steigt die Nachfrage nach Meisereffekten. Tausende von Sattlern und Portefeuilleuren haben heute ihre Existenz in der Ausrüstung von Meisereisigern. Auch die Autoindustrie hat in dem letzten Jahrzehnt eine riesige Entwicklung hinter sich. In fünf Jahren hat sich die Zahl der Geheßen in dieser Branche verdoppelt. Die Kinderwagen-, Wagon- und Fahrradindustrie hat auch eine Zunahme der Produktion aufzuweisen. Selbst in dem jüngsten Zweige unseres Berufes, der Flugzeugbranche, sind heute einige Duzend Kollegen beschäftigt. Mit großem Interesse verfolgten die Kollegen die Ausführungen des Referenten.

Im weiteren Verlaufe der Versammlung wurde ausgeführt, daß in Gotha 23 Kollegen beschäftigt sind. Von diesen sind 7 organisiert. Wenn es uns gelingt, die Sattler der Waggonfabrik in den Verband zu bekommen, so kann die Gründung einer Filiale vorgenommen werden. Man sollte annehmen, daß diese durch die Ausperrung im Jahre 1911 klug geworden seien; leider glänzten sie durch Abwesenheit. Sämtliche anwesende Kollegen verpflichteten sich, energisch für die weitere Ausbreitung des Verbandes in Gotha tätig zu sein.

Aus anderen Organisationen.

Die Mitgliederzahl des Zimmererverbandes betrug am Schlusse des ersten Quartals 60066. Das ist gegenüber dem gleichen Quartal des Vorjahres eine Zunahme von 1646 Mitgliedern. Von den Ausgaben der Verbandskasse entfielen u. a. auf Streiks 21304 Mk., Agitation 37122 Mk., Arbeitslosenunterstützung 507014 Mk., Meisereisigerunterstützung 22084 Mk. Das Verbandsvermögen betrug 2676008 Mk., davon 1932800 Mk. in der Hauptkasse. — Im Verbands der Asphalteure ist am 1. Juli die Erwerbslosenunterstützung in Kraft getreten. — Die Mitgliederzahl des Blumenarbeiterverbandes betrug am Schlusse des 1. Quartals 1108, der Raffenerverband der Hauptkasse 1815 Mk. — Der Steinarbeiterverband zählte am Schlusse des ersten Quartals 28640 Mitglieder. Die Einnahme betrug 126302 Mk., die Ausgabe 91121 Mk. Das Verbandsvermögen betrug 807347 Mk. Der Verband der Feisereisiger zählte am Schlusse des ersten Quartals 2257 Mitglieder. Der Vermögensbestand betrug 21434 Mk. — Der Lederarbeiterverband steigerte im ersten Quartal seine Mitgliederzahl auf 15173. Für Arbeitslosenunterstützung wurden 25198 Mk., Krankenunterstützung 10888 Mk., Streiks 2102 Mk. verausgabt. Der Kassenbestand betrug 154325 Mk., wozu 26572 Mk. Bestände der Volkstassen kommen. — Der Metallarbeiterkampf in Hannover ist, nachdem die Unternehmer einige Zugeständnisse gemacht

haben, beendet und damit auch die Auslieferung in Wagdeburg und Halle a. S. aufgehoben. Verhindert wurde, daß die regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit 57 Stunden beträgt. Am 1. Juli 1913 wird sie wöchentlich auf 56 1/2 Stunden verkürzt ohne weiteren Lohnausgleich. Sämtliche Stundenlohnarbeiter erhalten eine Stundenlohnzulage von 3 Pf. Am 12. Juli haben 2793 Arbeiter für und 2633 gegen die Wiederaufnahme der Arbeit gestimmt. Die Lohnbewegung der Bremer Hafenarbeiter konnte, ebenso wie die der Stauer mit gutem Erfolge, ohne Arbeitseinstellung, beendet werden. Einer friedlichen Regelung im Hamburger Hafengebiet stellen sich, durch das Verhalten der Emmerländer im Mühlenbetriebe, Schwierigkeiten in den Weg. In Hannover sind die Steinseger und Kammer bei drei Firmen in den Ausstand getreten.

Ausland.

Der Internationale Bergarbeiterkongress tagte in der zweiten Juliwocde in Amsterdam, woran 100 Delegierte, darunter auch wieder einmal die Nordamerikaner, teilnahmen. Am Eingang der Kongresswoche stand die Frage der Stellungnahme gegen einen Weltkrieg zivilisierter Staaten. Die Grubenproletarier aller Länder sind heute fämtlich — soweit sie nicht organisiert oder christlich und sozialistisch selbst organisiert sind — tief von sozialistischen Ideen durchdrungen, und sie sind längst einig darin, daß sie nicht nur platonisch den Massenmord in legalen Formen verwerfen. Aber selbstverständlich werden die Bergarbeiter nicht den vereblichen Regierungen und Kohlenindustriellen auf die Nase binden, was sie im Kriegsfall zu tun gedenken, und so wird, wie Präsident Smith, der Nachfolger des verstorbenen Edwards ausführte, das internationale Komitee im gegebenen Augenblick zusammenzutreten und die erforderlichen Maßregeln zu beschließen haben. Für jetzt begnügt man sich mit einer eindringlichen Vericherung der unbedingten Kriegsfeindschaft der Arbeiter.

Aus den sachlichen Verhandlungen des Kongresses ist die Einmütigkeit hervorzuhelen, mit der unabhängige, vom Staat besoldete Arbeiterinspektoren gefordert wurden; die Katastrophen von Osterfeld und Cadeby waren eine traurige Unterbrechung des Arguments, daß diese Maßregel zur Sicherung des Lebens der Bergleute unerlässlich ist. Die deutschen Vertreter ließen es dabei nicht an einer kräftigen Kennzeichnung des Systems der „Sicherheitsmänner“ fehlen. Ebenso einhellig war der Kongress in der Forderung des Mindestlohnes und in der Verurteilung des Nord-Verdingelohnes sowie der Abwägung allen Risikos der Gefestigung auf die Arbeiter. Mit Nachdruck erhob das Weltparlament der Grubenproletarier wieder die Forderung der 24 Stundenfrist; unter Betonung, daß in 24 Stunden nicht mehr als eine Schicht verfahren werden dürfe. Die Forderung nach der Verstaatlichung der Gruben führte den Kongress von selbst zu dem einmütigen Beschlusse, daß mit der starken Gewerkschaft eine selbständige parlamentarisch-politische Vertretung Hand in Hand gehen müsse. Von syndikalistisch-anarchistischen Regungen war keine Spur mehr zu bemerken, und die Frage des internationalen Streiks zur Unterstützung einzelstaatlicher Generalkonflikte wurde auf Vorschlag Duess mit Recht in die vertraulichen Beratungen des Internationalen Komitees verwiesen.

Soziales.

ist Sommerurlaub für Arbeiter nutzlos? Eigentlich sollte unter vernunftbegabten Menschen über diese Frage keine Meinungsverschiedenheit herrschen. Doch wie wir bei den Tarifverhandlungen mit den Unternehmern leider bemerkt haben, ist ein diesbezüglicher Appell an das sozialpolitische Verständnis der Unternehmer zum größten Teil negativ verlaufen. Bei ihnen wird noch immer die Ansicht vertreten, daß die Arbeiter keinen Urlaub brauchen und daß die Forderung ein Ausfluß übertriebener Humanitätsduselerei sei. Wie wenig diese Anschauung zutrifft, darüber belehren vortrefflich einige Ausführungen, die ein Arzt, Dr. med. Alois Fricker, zur Frage des Urlaubs macht. Er schreibt u. a.:

„Es gibt, wie jeder in der Praxis lebende Arzt bestätigen wird, eine Reihe von Krankheitszuständen, in denen jedes Mittel verfehlt, wofern nicht eine Luftveränderung Platz greift. Es sind dies gewöhnlich gar nicht die schmerzen, mit ganzer Erwerbsunfähigkeit verbundenen Erkrankungen. Bei Weichsücht, Blutarmit, Nervosität, Erkrankung der Atmungsorgane u. a. m., also bei Krankheiten, die zumeist zu einer unmittelbaren Arbeitsunterbrechung nicht führen, aus denen aber, wenn nicht rechtzeitig die erforderlichen Gegenmaßnahmen getroffen werden, tiefergreifende Uebel sich entwickeln können, da wird von Krankenkräften und Arbeitgebern jetzt vielfach schon die Ueberweisung in einen Kurort bewilligt. Aber man sollte nicht abwarten, bis eine Er-

krankung sich zeigt. Es weis nachgerade jeder, daß die Krankheitsverhütung mehr wert ist, als die Heilung. Der größte Teil der Erwerbstätigen ist heutzutage einer Summe von Gesundheitschädigungen durch seinen Beruf ausgesetzt. Dies gilt insbesondere für solche Berufe, die mit giftigen Stoffen in Verbindung kommen und die angrenzenden Gasen und wäckerlichen Gerüchen ausgesetzt sind; es trifft aber auch für alle diejenigen zu, die viel Staub, sei es Mehl oder Werkstückstaub, einatmen müssen, die zu wenig Zeit für eine tägliche Erholung in frischer Luft oder für sportliche und der Gesundheit dienende Betätigung finden. Bei diesen nach Millionen von Personen zählenden Bevölkerungsklassen darf man, wenn man auf das Wohl des einzelnen wie des Volksganges bedacht sein will, nicht erst die Zeit herankommen lassen, wo eine Erkrankung in die Erscheinung tritt; hier heißt es rechtzeitig vorbeugen. Und das wirksamste Mittel für eine Tropfblase in dieser Richtung ist ein alljährlicher Erholungsurlaub.

Bemerkt sei jedoch, daß Ferien von nur zwei bis drei Tagen so gut wie ganz zwecklos, ja bisweilen sogar schädlich sind. Was soll ein Angestellter oder Arbeiter mit einer so kurzen Zeit beginnen? Ein Erholungsurlaub, der in Wahrheit Nutzen stiften soll, muß wenigstens eine Woche lang währen; nur dann wird der beabsichtigte Zweck, die körperliche und seelische Auffrischung, erreicht werden.

Das ist der ganz vernünftige Standpunkt eines Arztes, der auch noch von anderen Gründen unterstüzt wird. Denn nicht nur für Kränklche und Schwache, sondern auch für Gesunde ist ein Erholungsurlaub von großer Bedeutung, insofern er eine Unterbrechung des öden Einerleis des Wereltagsstrebens bedeutet und wieder neue Arbeitsfreudigkeit gibt. Trotzdem wir selbst auf dem Standpunkt stehen, ein einwöchiger Urlaub bedeutet noch keine völlige Entspannung und Erholung, würden wir es schon als einen riesigen Fortschritt begrüßen, wenn alle Arbeiter sich dieser Erholung erfreuen könnten. Aber das Unternehmertum wird sich freiwillig nur in seltenen Fällen auf eine solche Forderung einlassen. Darum ist es notwendig, daß sich auch die Gewerkschaften mit dieser Frage beschäftigen und daß sie den Ruf nach Sommerurlaub immer energischer ertönen lassen. Durchgeführt wird er, wenn alle Arbeiter durch gewerkschaftliche Vertätigung ihren starken Willen dazu kundgeben.

Rundschau.

Christliche Bettelei. Von einer Bettelei, die auf die derzeitigen Verhältnisse in den christlichen Gewerkschaften ein bezeichnendes Licht wirft, wird dem „Grundstein“ aus Hildesheim berichtet. Dort will sich der christliche Bauarbeiterverband eine Kasse anschaffen. Da er die Mittel dazu nicht hat, so bettelt man bei den Unternehmern und Zentrumsgrößen um milde Gaben. Der Maurer Vorgesetzte wurde zu diesem Zwecke mit einer vom christlichen Verband gesendeten Liste herumgeschickt. Und siehe da: der Maurermeister und Bürgerbörseher Gieren gab 5 Mk., andere Herren gaben weniger. Das schonte aber ist, daß sich der christliche Verband von dem Maurermeister Gieren die Weibererde halten läßt! Im Jahre 1910 wurden die christlich-organisierten Bauarbeiter Hildesheims mit ihren freiorganisierten Kollegen aus Pflaster geworfen; und der Mann, der jetzt von der christlichen Organisation für würdig gehalten wird, die Jagde zu weihen, hat noch vor wenigen Jahren, als die freie und die christliche Organisation um ihre Anerkennung rangen, beiden Organisationen als ihr erbitterter Feind sein „Niemals“ entgegengerufen. Man sieht, die Zeiten ändern sich!

Schankmachung des Zentralverbandes.

Zwecks Fertigstellung des neuen Adressenverzeichnis werden die Ortsverwaltungen ersucht, sofort die Adressenänderungen an uns einzuliefern. Nur solche Angaben können berücksichtigt werden, die bis Sonnabend, den 3. August, hier eingegangen sind.

Briefkasten der Redaktion.

Steiner, Paris. Es ist mein Prinzip, allen Artikeln, die persönlich verlegend oder ehrabschneidend wirken, keinen Raum in unserem Nachorgang zu gewähren. Dabei bitte ich mich noch auf den § 17 Absatz 3, zweiter Satz unseres Statuts. Ihr letzter Beitrag zu den Nachklängen der Münchener Generalversammlung trägt eine berartige persönlich ehrverletzende Note, daß ich mich weigere und auch in Zukunft weigern werde, ihn zum Abdruck zu bringen. Der Diskussion über unsere Münchener Tagung soll in unserem Organ der breitetste Spielraum gelassen werden, ohne einzelne Personen zu beleidigen. Sie muß der Organisation nützlich und fördernd sein, was ich in Ihrem Artikel leider vermisse. H. W.
H. B. Giesend. Ihr Beitrag für die fachtechnische Zeitsung wird noch verhandelt.

L. Sv. i. S. Befragte Adresse unbekannt, da in unserem Verbands nicht angebort.

Adressenänderungen.

Vom 2. August 1912 ab ist die Adresse des Sattlerers für Rheinland und Westfalen: Karl Schneider, Pirmen (Schönebeck), Deusschtr. 141. Postsendungen bitten wir während der Zeit vom 30. Juli bis 2. August nicht an die Gasseitung abzugeben.
Schöbrunn. Verkehrslokal und Detberge, Wasthaus zur schwäbischen Vierhalle.
Heimkehr. E. Esler Schmidt, Weststr. 41.

Sterbetafel.

Berlin. Am 5. d. M. verstarb unser langjähriges Mitglied, der Portefeuller Herrmann Köfzig, 42 Jahre alt. — Am 11. d. M. verstarb der Militärarzt Adalbert Nowak. — Am 15. d. M. verstarb der Portefeuller Wilhelm Krenz.
Nachen. Am 12. Juli verstarb unser Mitglied der Sattler Johann Kenary.
Ehre ihrem Andenken!

Veranstaltungskalender.

- Nachen. Sonntag, den 28. Juli, vormittags 11 Uhr, Hofamitter- und Paulusstr. 406.
- Augsburg. Samstag, den 27. Juli, abends 8 1/2 Uhr, im „Wittelsbacher Hof“, Felsitungsgasse 406.
- Bonn. Samstag, den 27. Juli, abends 8 1/2 Uhr, im „Deutschen Hof“, Kölnstr. 52.
- Göthen. Sonnabend, den 27. Juli, abends 8 1/2 Uhr, in der „Ludwigshalle“, Ludwigstr. 38.
- Dortmund. Samstag, den 27. Juli, abends 8 1/2 Uhr, in der „Gernnamhalle“, Nordstr. 1.
- Dresden. Dienstag, den 23. Juli, abends 9 Uhr, Volkshaus, II. Saal.
- Essen (Ruhr). Samstag, den 27. Juli, abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant Schmirner, Rheinische Str.
- Sagen i. R. Samstag, den 27. Juli, abends 8 1/2 Uhr, „Zum Markauer“, Goldbergstraße.
- Halle a. S. Sonnabend, den 27. Juli, abends 8 1/2 Uhr, im „Volkspark“.
- Hannover. Sonnabend, den 27. Juli, abends 8 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“.
- Köln. Samstag, den 27. Juli, abends 8 1/2 Uhr, im „Volkshaus“, Severinstraße.
- Al. Anheim. Samstag, den 27. Juli, abends 9 Uhr, „Zum Deutschen Kaiser“.
- Miel. Dienstag, den 23. Juli, abends 8 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Fährstr. 24.
- Mülheim (Ruhr). Mittwoch, den 24. Juli, abends 8 1/2 Uhr, „Hollenberg“, Dickwall 6.
- München. Sonntag, den 27. Juli, abends 8 1/2 Uhr, im „Kampelgarten“, Jägerstr. 14.
- Norod. Montag, den 22. Juli, abends 8 1/2 Uhr, Regainenberg 10.
- Seisingen. Sonntag, den 28. Juli, vormittags 9 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“.
- Stuttgart. (Taschenbrände.) Dienstag, den 23. Juli, abends 8 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“.
- Ueterefen. Sonnabend, den 27. Juli, abends 8 1/2 Uhr, Schippmanns Herberge.
- Karst. Sonnabend, den 27. Juli, abends 8 1/2 Uhr, im „Hof von Eldenburg“.
- Verdan. Sonnabend, den 27. Juli, abends 8 1/2 Uhr, in der „Kopfenblüte“, Alvertstraße.
- Zeis. Sonnabend, den 27. Juli, abends 8 1/2 Uhr, bei Kämpje, Schützenstraße.

Anzeigen.

Zentral-Krankenkasse der Sattler, Portefeuller u. Berufsangehörigen Deutschlands, G. S. 64 in Berlin.
Quartalverhandlungen.

- Tagesordnung:
1. Bericht vom 2. Quartal.
 2. Ergänzungswahl der örtlichen Verwaltung.
 3. Massenangelegenheiten.
- Kassel. Sonnabend, den 27. Juli, abends 9 Uhr, bei Sommer, Graben 50.
Mannheim. Samstag, den 20. Juli, abends 9 Uhr, „Bergstraße“ §. 4 Nr. 9.
Darmstadt. Sonnabend, den 27. Juli, abends 9 Uhr, „Gewerkschaftshaus“, 8th. 8.

Tüchtige Sattler
auf Militärarbeit für sofort gesucht.
Schütterle, Sattlerei, Kehl (Straßburg).

Erkennung für Sattler.
In einem Ort, circa 2500 Einwohner und 500 Pferde ohne Sattlerei und Wägelgeschä, ist schönes, pass. Kadengrundst. Acker, gr. Obigarten bei 8000 Mk. Anzahl. Bedeut. u. Wert verläßt. Stumpf, Metz a. d. Ostb.